

4 DEZ. '92
Nr. 1

RUNDBRIEF

DREIGLIEDERUNG DES
SOZIALEN ORGANISMUS

AUS DEM INHALT:

EDITORIAL, NOTIZEN ZUR ZEITLAGE -
DREIGLIEDERUNG UND ÖKOLOGIE - EUROPA:
STICHWORT "SUBSIDIARITÄT", SCHWEIZER EWR-
ABSTIMMUNG - BERICHTE, NOTIZEN, ANKÜNDIGUNGEN,
TERMINE - AUFRUF ZUM KOSTENAUSGLEICH

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE > NETZWERK DREIGLIEDERUNG <

Inhalt	
Editorial / Notizen zum Zeitgeschehen ---	S. 2
Dreigliederung des sozialen Organismus und Ökologie -----	S. 3
Ökonomie und Ökologie (S. 3) - Die Stellung von Forschung und Entwicklung zwischen Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben als ökologisches Problem (S. 6) - Recycling, Grüner Punkt (S. 8)	
Europa -----	S. 14
Stichwort "Subsidiaritätsprinzip" (S. 14) - Europäische Integration, EWR-Abstimmung in der Schweiz (S. 17)	
Berichte und Notizen -----	S. 19
Ankündigungen, Termine -----	S. 20
Netzwerk-Etat 1993 - Aufruf zum Kostenausgleich -----	S. 22

Impressum:

Rundbrief *Dreigliederung des sozialen Organismus*. Herausgegeben von der Initiative "Netzwerk Dreigliederung". Redaktion: Dr. Christoph Strawe. Verwaltung: Marita Holst. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-W-7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-6071907. Es erscheinen in der Regel 4 Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort "Rundbrief" angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 20,- auf den Rundbrief angerechnet.

Editorial

Christoph Strawe

Am 25. November waren es drei Jahre her, seit die Initiative "Netzwerk Dreigliederung" ins Leben gerufen wurde. Eine Menge Arbeit wurde in dieser Zeit geleistet: im Bereich des Erfahrungsaustauschs, im Bereich der Arbeit an Sachthemen der Dreigliederung, in bezug auf die Zusammenarbeit auf dem Dreigliederungsfeld, im Bereich der Fortbildung und auf anderen Gebieten. Auch dieser Rundbrief widerspiegelt diese Entwicklung. Die gewachsene Zahl von inzwischen knapp 800 Rundbriefbezieher*innen ist ermutigend. Gleichzeitig wurde immer wieder schmerzhaft deutlich - nicht zuletzt durch die vielfältigen Nöte der Zeit -, daß wir erst am Anfang eines langen Marsches stehen. Ein langer Atem ist nötig, um den Dreigliederungsimpuls konkret wirksam werden zu lassen. Die nötige Arbeit leisten zu können, ist auch eine

Geldfrage. Daher möchten wir Ihre Aufmerksamkeit besonders auf den Aufruf zum Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk" in dieser Nummer lenken und herzlich an Sie appellieren, die Dreigliederungsarbeit nach Kräften zu unterstützen.

Gleichzeitig möchten wir Sie bitten, bei der Verbreitung des Rundbriefs zu helfen und Menschen in Ihrer Umgebung auf ihn aufmerksam zu machen. Wenn Sie dafür Probenummern benötigen, schicken wir Ihnen diese gerne kostenlos zu.

Allen Lesern wünschen wir eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr.

Notizen zum Zeitgeschehen

Christoph Strawe

In die Zeit seit dem Erscheinen des letzten Rundbriefs fällt der Wahlsieg Clintons, der Tod Willy Brandts und Alexander Dubceks und auch das tragische Ende von Petra Kelly und Gert Bastian. Die Schweizer haben mit knapper Mehrheit gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR votiert. Die Invasion in Somalia hat begonnen.

Die großen Parteien in der BRD sind enger zusammengerückt, man ist sich über einen Katalog von Restriktionen beim Asylrecht einig geworden. Obwohl das individuelle Grundrecht nicht gestrichen werden soll, sind die geplanten Bestimmungen so engmaschig, daß man - wie ein Kritiker bemerkte - in Zukunft am besten mit dem Fallschirm über der BRD abspringt, wenn man in den Genuß des Asylrechts kommen will. Ob diese Regelungen verfassungsrechtlicher Überprüfung standhalten, ist durchaus nicht sicher.

Die Morde von Mölln markieren einen neuen traurigen Höhepunkt der rechtsradikalen Gewaltwelle. 350.000 demonstrierten am 6. Dezember in einer Aktion ohne Vergleich mit Kerzen und Lampions in München gegen Ausländerfeindschaft, Haß und Antisemitismus. Weit überzeugender geriet dieser von einzelnen initiierte Protest als die Demonstration am 8. November in Berlin, zu der die Parteien aufgerufen hatten.

Anwachsen der Gewalttätigkeit allüberall: beispiellose Greuel im unglücklichen Bosnien, dem niemand wirklich helfen kann - oder will, Gewalt in Angola und im Nahen Osten, in Indien und in der Kaukasus-Region. Dort, in Georgien, erhielt E. Schewardnadse bei den Wahlen ca. 80% der Stimmen. Gleichzeitig dringen in den Medien immer häufiger Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen in dieser Region durch.

Rußland kommt nicht zur Ruhe. Das Scheitern Gaidars, dessen Name für eine radikale marktwirtschaftliche Linie im Sinne des amerikanischen Neoliberalismus steht, ist wohl nur ein Symptom dafür, daß sich die Begeisterung für einen derartigen Reformkurs bereits wieder abkühlt. Dies ist auch im Baltikum der Fall, wo sozialdemokratische bzw. reformkommunistische Gruppierungen Wahlerfolge gegen die mehr nationalistischen Kräfte erzielten. Eine wirkliche Alternative in der Wirtschaft hat allerdings keiner der maßgeblichen Leute zu bieten.

Die Zeichen für eine weltweite Rezession mehren sich. Es kriselt in der deutschen Industrie, speziell in der Automobilbranche. Nur mit Mühe konnte ein Handelskrieg zwischen USA und EG - einstweilen - verhindert

werden, wobei der ausgehandelte Kompromiß bereits zu Massenprotesten der europäischen Bauern geführt hat. In Deutschland ist das Ende des Abschwungs Ost nicht in Sicht. Man streitet sich darüber, wie hoch der Nettotransfer in die neuen Bundesländer nun wirklich sei: Biedenkopf spricht von 30 Milliarden - und dürfte damit gegenüber Waigel im Recht sein, der etwas von 90 Milliarden erzählt. Helmut Kohl hat beim Düsseldorfer CDU-Parteitag die Stunde der Wahrheit ausgerufen (was war vorher?) und Steuerrhöhungen angekündigt - die Frage ist nur noch, ob es beim genannten Termin, 1995, bleibt.

Ereignisse und Entwicklungen, die uns mit Sorge auf das neue Jahr 1993 blicken lassen, die uns aber auch in unseren Aktivitäten für die notwendige soziale Erneuerung bestärken.

Friede auf Erden

Da die Hirten ihre Herde
Ließen und des Engels Worte
Trugen durch die niedre Pforte
Zu der Mutter und dem Kind,
Fuhr das himmlische Gesind
Fort (im Sternenraum) zu singen,
Fuhr der Himmel fort zu klingen:
"Friede, Friede! auf der Erde!"

Ökonomie und Ökologie¹

Die ökologische Katastrophenlage

Das "Ökosystem", die "Biosphäre" der Erde, gerät aus dem Gleichgewicht. Die Schädigungen betreffen die Elemente, die Lebensgrundlage des Menschen sind; diese Grundlage wird durch die Vergiftung der Erde, des Wassers und der Luft bedroht. Auch früher hat sich die Oberfläche der Erde erheblich gewandelt. Karthago war die Kornkammer Roms - heute ist es Wüstenregion. Die Urwälder in Mitteleuropa wurden gerodet. Immer mehr ist an dieser Verwandlung der Erdoberfläche die menschliche Tätigkeit beteiligt, die "Naturbeherrschung". Gerade sie provoziert Katastrophen, an die zuvor keiner je dachte. Daran ließe sich die tiefere Frage knüpfen, welcher Zusammenhang zwischen Menschenwesen und Naturkatastrophen überhaupt besteht.

Die naive Fortschritts- und Technikbegeisterung ist verblichen; vorbei die Zeiten, wo "friedliche Nutzung der Atomenergie" eine positiv besetzte Losung war - und nur der militärische "Mißbrauch" des Atoms problematisiert wurde. Schockartig wurde bewußt, daß der Boden, auf dem sich die Zivilisation bewegt, brüchig geworden ist. 1962 alarmierte Rachel Carsons Buch "Der stumme Frühling" die Öffentlichkeit. Darin wird aufgezeigt, wie das Unkrautvernichtungsmittel DDT wirkt: Am Tod, hier am Verstummen der Vögel, entzündet sich ein Sinn Lebenszusammenhänge, auch wenn damals die Diskussion stark eingeengt war auf die DDT-Kette. Wir bemerken, wie wir die lebendige Natur verbrauchen, um uns als

Seit die Engel so geraten,
O wie viele blut'ge Taten
Hat der Streit auf wildem Pferde,
Der geharnischte, vollbracht!
In wie mancher heil'gen Nacht
Sang der Chor der Geister zingend,
Dringlich flehend, leis verklagend:
"Friede, Friede...auf der Erde!"

Doch, es ist ein ew'ger Glaube,
Daß der Schwache nicht zum Raube
Jeder frechen Mordgebärde
Werde fallen allezeit:
Etwas wie Gerechtigkeit
Webt und wirkt in Mord und Grauen,
Und ein Reich will sich erbauen,
Das den Frieden sucht der Erde.

Mählich wird es sich gestalten,
Seines heil'gen Amtes walten,
Waffen schmieden ohne Fährde,
Flammenschwerter für das Recht,
Und ein königlich Geschlecht
Wird erblüht mit starken Söhnen,
Dessen helle Tuben dröhnen:
Friede, Friede auf der Erde!

Conrad Ferdinand Meyer

Menschen zu erhalten: als Verbraucher sind wir nicht aufbauend, sondern abbauend tätig. Der Schock läßt moralische Verantwortlichkeit wachwerden: Aber in der Naturanschauung, die wir im Kopf haben, gibt es zu diesem Verantwortungsbewußtsein kein Äquivalent: Die herrschende Naturanschauung ist "anti-essentialistisch", sie sucht nicht wesenhafte Anschauung der Natur, ist damit prinzipiell moralfrei. So sehr das naturwissenschaftliche Denken den Bewußtseinsfortschritt vorgebracht hat, hier liegt seine prinzipielle Begrenztheit. Die ökologische Krise zeigt uns, was geschieht, wenn man die Dinge nicht um ihrer selbst willen betrachtet, sondern "funktionalisieren" und "Beherrschbarkeit" in den Vordergrund stellt.

¹ Nach einem Vortrag von U. Herrmannstorfer am 22. 10. 1992 in Überlingen.

Dreigliederung des sozialen Organismus und Ökologie

Die ökologische Frage als Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsfrage

Christoph Strawe

In den 70er und 80er Jahren haben sich "Dreigliederer" wiederholt in ökologischen Fragen - sei es in Bürgerbewegungen, sei es bei den GRÜNEN - engagiert. Seither war es um das Thema "Ökologie und Dreigliederung des sozialen Organismus" eher still geworden. Höchste Zeit, es wieder aufzugreifen, zumal viele Grundprobleme, die sich dabei stellen, bisher wohl kaum hinreichend aufgearbeitet worden sind. Bei einem Arbeitstreffen, zu dem die Initiative "Netzwerk Dreigliederung" für den 1. November in die Freie Bildungsstätte "der hof" in Niederursel eingeladen hatte, war Gelegenheit dazu. Referate hielten u.a. Udo Herrmannstorfer (Die Stellung von Forschung und Entwicklung zwischen Geistes- und Wirtschaftsleben und ihre ökologischen Konsequenzen), Rainer Burkhard (Die ökologische Frage als Geistes-, Rechts und Wirtschaftsfrage) und Heidjer Reetz, der Konkurrenzkampf und Marktmechanismen - am Beispiel vor allem der Problematik der Müllberge - als zentrale Hindernisse gegen ein ökologisches Wirtschaften behandelte. An die Referate schlossen sich jeweils intensive Gespräche an. (Kommentar einer beteiligten Waldorflehrerin zum Nutzen der Tagung: "Die Teilnahme an einem solchen Treffen ist die beste und rationellste Art der Vorbereitung auf die Behandlung derartiger Fragen im Oberstufenunterricht".) Den Beitrag von Heidjer Reetz bringen wir in einer vom ihm selbst überarbeiteten und erweiterten Form (den dritten Teil im nächsten Rundbrief).

Die Positionen von U. Herrmannstorfers Referat habe ich versucht, in einem Text zu referieren, der dem Duktus (nicht dem Wortlaut) des Vortrags zu folgt, bei dem aber doch zu beachten ist, daß es sich nicht um einen Originalbeitrag des Vortragenden handelt. Etwaige Verkürzungen wären daher allein mir als dem Referenten anzulasten. Das gleiche gilt für die Problemskizze "Ökonomie und Ökologie", die in freier Weise an einen Vortrag anschließt, den U. Herrmannstorfer wenige Tage vor dem Netzwerktreffen im Rahmen einer Arbeitswoche zum assoziativen Wirtschaften gehalten hat.

Ich hoffe, daß sich aus diesen Skizzen Gesichtspunkte für die notwendige weitere Arbeit an dem wichtigen Thema "Ökologie und Dreigliederung des sozialen Organismus" ergeben, auf das sicherlich auch im Rundbrief zurückzukommen sein wird.

1972 erscheint Dennis Meadows Studie "Grenzen des Wachstums" im Auftrag des von Aurelio Peccei begründeten Club of Rome. 1975 publiziert Herbert Gruhl sein Buch "Ein Planet wird geplündert". Anfang 1980 werden die Grünen als "Anti-Parteien-Partei" auf Bundesebene begründet, seitdem ist das Thema "Ökologie" nicht mehr von der Tagesordnung auch der Politik verschwunden.

Wenn auch manches seither erreicht worden ist, eine Wende zum Besseren ist insgesamt nicht in Sicht, eher daß sich in vielen Bereichen die Situation dramatisch verschärft hat. Verstärkt hat sich auch die Ratlosigkeit, ja Resignation. So meinte Meadows 1989, es sei bereits zu spät. Die Verantwortlichen reagierten nur auf bereits eingetretene Schäden². 1991 erschien ein neuer Bericht des Club of Rome. Er konstatiert, Moralpredigten hätten die Welt bisher nicht verändert; die einzige treibende Kraft, die Menschen zum Handeln bewegt, sei ihr Egoismus. Man müsse diesen folglich so umfunktionieren, daß er ökologisch wirke. Wie? Indem man ihn über die Generationen ausdehnt! - Der Gedanke an die eigenen Kinder - und was ist mit Singles? - sei ein Motiv, das der Ökologie wenigstens eine minimale Chance gebe.

Die Natur braucht uns...

So hilflos dieses Argument auch erscheint, so wichtig ist es doch, über das Egoismus-Problem als eine Ursache der Situation nachzudenken. Die Entwicklung des Egoismus ist die Schattenseite jenes Prozesses, der zur Befreiung des einzelnen aus jeder Vormundschaft führt bzw. führen soll. Der Egoismus ist so ein Verwandlungsproblem: Nicht die Verwirklichung des Selbst ist das Problem, sondern daß ich mich unverwandelt - mit meinem niederen Selbst - der Welt aufdrängen möchte, statt die Wirklichkeit meines höheren Selbst in der Entwicklung zu suchen, einer Entwicklung, die mich fähiger macht, der Erde und meinen Mitmenschen zu dienen.

Wir erleben einen radikalen Wandel in der gesamten menschlichen Situation: Die Natur, die so lange allen Anschlägen des Egoismus standgehalten hat, funktioniert als Müllschlucker nicht mehr. So sehr ich mir auch sagen mag, mein geworfener Plastikbecher sei nicht die Ursache des Weltuntergangs, so sehr stimmt doch der Satz, daß heute der Bestand der Welt - das, was früher eine Götterangelegenheit war, - real abhängig wird von unserem Verhalten. Die Natur wird nur überleben, wenn wir uns selbst in die Hand bekommen.

² Spiegel-Interview, 17.7.89.

Viele bestreiten heute die Möglichkeit einer individuellen ökologischen Verantwortungsethik. Als vor einiger Zeit ein europäischer Dreigliederungsauftrag unter Prominenten kursierte, in dem das Wort von der individuellen Verantwortlichkeit mehrfach vorkam, da reagierten einige gerade deswegen mit Abwehr: Diese sog. individuelle Verantwortung habe uns Millionen PKWs beschert, so C. Améry. Und R. Bahro, Verfasser des Buches "Die ökologische Rettung" war der Meinung, das "abendländische Ich", für ihn eine "herostratische Struktur", funktioniere prinzipiell als Katastrophe. Die letzte Konsequenz hieraus wäre der Versuch, den Funken dieses Ich wieder auszulöschen und die "ionische Sackgasse" des selbständigen abendländischen Denkens wieder zu verlassen.

Er klingt zunächst so plausibel und ist meist so gut gemeint, der Satz: "Die Natur braucht uns nicht, wir brauchen die Natur". Und doch führt er nur zu leicht zur Forderung, den Menschen - als Hauptverursacher der ökologischen Ungleichgewichte - in den Zoo zu sperren, wenigstens stärker an die Kandare zu nehmen. Man hat auch bereits die Forderung gehört, die Erdbevölkerung bis zu einer ökologisch verträglichen Verdichtung zu reduzieren. Von hieraus ist es nicht mehr weit bis zur darwinistischen Begründung der Massenvernichtung. Das Bild einer ohne den Menschen fertigen Natur - in der der Mensch eigentlich nur als Störfaktor in Erscheinung tritt - ist die Letztfolge einer Evolutionstheorie, die den Menschen zum Produkt des Spiels materieller Notwendigkeiten und Zufälle erklärt. Ob man nun das Leben aus der Ursuppe³ entstehen läßt oder - das Problem ein paar Galaxien weiterverschiebend - durch interstellaren Sporenflug auf der Erde anlanden läßt, ist dabei nebensächlich.

Eines ist sicher: Wir können unsere Theorien über die Natur nicht mehr ausprobieren: Die Wirkungen unseres theoriegeleiteten Handelns sind unumkehrbar; wir können nicht experimentell die Folgen des Ozonlochs untersuchen. Das Trial-and-Error-Prinzip, das so lange die Wissenschaftstheorie und -praxis beherrschte, hat ausgedient. Nötig ist heute Handeln aus Einsicht, aus dem Vorausbedenken der Folgen heraus. Nur dasjenige darf ich geschehen lassen, dessen Folgen ich soweit überschauen kann, daß ich sie zu verantworten vermag.

Konrad Lorenz und Hoimar von Dithfurth, zwei darwinistisch geprägte ökologische Denker, bemerken, daß das menschliche Vorderhirn eine Art Freiraum bildet; die auf seine Funktionen abgestützten Intelligenzleistungen seien nicht eindeutig bestimmt. Gerade dieser Freiraum sei für die Natur tödlich und führe zum "Kippen" der Evolution. Die Hoffnung, daß aus der Evolution des menschlichen Hirns selbst etwas Gleichgewicht schaffen herauskommt, ist trügerisch: Das Denken entzieht sich der Natur, indem es, wie R. Steiner sagt, die Organisation zurückdrängt und sich selbst an ihre Stelle setzt. Hier geschieht nun in der Tat gar nichts mehr von selbst,

³ Das Bild der "Ursuppe" kann andererseits auch als Projektion eines Deindividualisierungswunsches gelesen werden, als Ausdruck von Tendenzen der Flucht vor der Verantwortung für sich und sein Leben, das Individualisierung mit sich bringt. So dichtete einst Bann: "Oh, daß wir unsere Ur-, Ur- ahnen wären, ein Klümpchen Schleim in einem warmen Moor..."

durch Natur, - alles muß vom Menschen hervorgebracht werden, oder es ist gar nicht vorhanden. Durch diesen Nullpunkt müssen wir alle hindurchgehen - und zugleich gibt es eine verbreitete Angst vor diesem Durchgang. Sie führt dazu, daß man Ursachen und Lösungen für die ökologische Krise nicht im Menschen, sondern in außer-menschlichen Instanzen sucht.

Assoziative Wirtschaft: ökologisch und sozial

Heute macht man gerne - und teilweise auch mit einer gewissen Berechtigung - "die" Ökonomie zum Schuldigen, weil sie es sei, die die ökologischen Gleichgewichte so schnell zugrunde richte. Traditionellerweise steht daher die ökologische Bewegung (in der Ahnungslosigkeit über ökonomische Fragen immer noch weit verbreitet ist⁴) in Gegnerschaft gegen die Ökonomie. Diese Gegenüberstellung von Ökonomie und Ökologie wird aber immer mehr zur Unmöglichkeit: Denn heute ist mehr erforderlich als traditionelle Umweltpolitik im Sinne von "Naturschutz". Es geht nicht bloß um Schutzräume der Natur vor der Wirtschaft, es geht vielmehr um eine sozial-ökologische Form des Wirtschaftens selbst, wenn Ökologie überhaupt eine Chance haben soll.

Ein Umdenken ist hier erforderlich: Gemäß der traditionellen Theorie ist es immer nur der Staat, der der Wirtschaft soziale Grenzen setzt, die Wirtschaft selbst gilt als unfähig, aus sich heraus sozial zu agieren. Ja, es wird dies auch gar nicht als wünschenswert erachtet, ergäbe sich hier doch eine Gefahr für die marktwirtschaftliche Orientierung, die ja das eigennützige Verhalten des einzelnen als "Treibmittel" des Wirtschaftsapparats geradezu fordert. Sinngemäß muß sich dieses Theorem auch auf die ökologische Seite des Wirtschaftens beziehen.

"Die unsichtbare Hand wird grün" - so überschrieb vor Jahren bereits der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Horst Siebert einen Artikel über das Thema "ökologische Marktwirtschaft". Öko-Marktwirtschaft, dies bedeutet, durch staatliche Maßnahmen Profiterwartungen so zu modellieren, daß über den Preis ökologisches Verhalten mit einem Bonus, unökologisches mit einem Malus versehen wird. Das Gute muß billig sein und das Schlechte teuer⁵. Dadurch soll eine Art "Öko-Effizienz" der Ökonomie hergestellt werden.

Einer der hervorstechendsten Vertreter dieses Konzepts ist gegenwärtig Stephan Schmidheiny, der Leiter des "Unternehmerrats für dauerhafte umweltfreundliche Entwicklung" ("Business Council for Sustainable Development").⁶ Dargestellt hat er das Konzept vor allem in dem Bestseller "Kurswechsel" (1992). Schmidheiny, einer der reichsten Männer der Schweiz, erbt ein großes

⁴ Grüne Umweltminister gaben sich dann mehrfach verwundert darüber, daß sie mit Managern noch am ehesten vernünftig über ökologische Fragen hätten diskutieren können.

⁵ Die Frage ist auch die, wo die jeweilige Schmerzgrenze erreicht wird. So würde nach Auffassung mancher Experten erst bei einem Benzinspreis von DM 6,- pro Liter eine nachhaltige Veränderung bewirkt werden ("Der Spiegel", 21.8.89.)

⁶ Die Aktivitäten des Councils fanden ein großes Echo, auch beim Umweltgipfel in Rio, wo sich Schmidheiny in Interviews "verhalten optimistisch" gab. "Sustainable" meint so etwas wie die Generalisierung des Prinzips der Forstwirtschaft: nur soviel Holz schlagen, wie aufgeforstet wird.

Aktienpaket der Firma Eternit, die einer der größten Asbestverarbeiter der Welt war. Er setzte - aus eigenem Antrieb - gegen das gesamte Management der Firma die Verbannung des Werkstoffs Asbest durch. Riesige Investitionen in Erforschung und Entwicklung von Ersatzstoffen waren hierfür nötig.

Ökologische Rahmenbedingungen für die Ökonomie durch Verordnungen, Gebühren, Steuern usw. zu setzen und das ökologisch Vernünftige für den Unternehmer und auch für den Konsumenten damit interessant zu machen, ist sicherlich sinnvoll. Aber dieser Wirkensrichtung muß etwas anderes zur Seite gestellt werden, der Versuch nämlich, in der Wirtschaft selber das Richtige zu tun. Das Bewußtsein kann nicht nur aus dem politischen Bereich kommen (wo Schmidtheiny durchaus Partizipation der Bürger am Entscheidungsprozeß fordert), auch das Wirtschaftsgeschehen selbst muß mit Bewußtsein durchdrungen und von den Beteiligten gestaltet werden. Der Glaube, daß das Marktgeschehen aus sich selbst in ein Gleichgewicht führt, ist eine Illusion, wie die sich verstärkenden Ungleichgewichte des Weltmarkts zeigen.

Marktwirtschaft rechnet nicht mit dem menschlichen Bewußtsein, sondern mit dem Sich-in-Schach-Halten der Egoisten durch die Konkurrenz, mit der Herstellung von Vernunft durch Vernunftlosigkeit. Das paßt sehr gut zu jenem Zeitdruck, der heute immer mehr zum Argument gemacht wird: "Wenn wir auf das Bewußtsein warten, kommen wir allemal zu spät." "Wir können nicht auf eine Evolution setzen." Im Klartext heißt dies stets: Wir können nicht auf die Einsicht des einzelnen setzen, sondern nur auf vernünftigen Zwang. Bedauernd wird gelegentlich noch hinzugefügt, dies sei eben die Folge des Versagens der Pädagogik und der Theologie. Wobei es meist dieselben Leute sind, die den Zeitdruck erzeugen und dafür sorgen, daß auch heute eine antiquierte Pädagogik und Theologie getrieben werden, die die Einsichtsfähigkeit des Menschen nicht fördern.

Das einzige, was den Leuten einfällt, ist der Ruf nach immer mehr und immer neuen Gesetzen. Die Zwangsmittel des staatlichen Gewaltmonopols erscheinen als einzige Ausflucht aus der Krise. Im Extremfall führt dies in die Forderung nach einer globalen Öko-Diktatur, in gemilderter Form nach einer "Rettungsregierung" oder einem "Öko-Sowjet" (Bahro).⁷

Die Figur ist immer dieselbe: Man will von außen regeln, was von innen nicht geleistet werden kann, und perpetuiert damit gerade jene Initiativ-Schwäche, deren man sich dann als Alibi bedient. Weil das Recht für alle gelten muß, führt jede Regelung auf dem Gesetzes- oder Ordnungswege das Problem mit sich, vom schlechtesten Fall ausgehen zu müssen. Damit lassen sich vielleicht Zustände sicherstellen, nicht jedoch Entwicklungen fördern. Die Stärkung des Staates schwächt, wie schon W. von Humboldt bemerkte, den Menschen.

Der Sinn der Menschheitsentwicklung liegt nicht in der Herstellung ökologischer Zustände, sondern in der Entwicklung der Menschen selbst. Die Natur - angelegt auf diesen Punkt Omega - braucht den Menschen, der

⁷ Bahro sucht die Lösung auf dem Weg einer neuen Einheit von Geistesleben, Staat und Wirtschaft. Dabei läßt er geradezu Altindisches aufglänzen, wobei er nur vergißt, daß sich einige Tausend Jahre Menschheitsgeschichte nicht ungeschehen machen lassen.

sein höheres Selbst entwickelt, weil die Schöpfermächte um des Mitschöpfertums des Menschen willen die Schöpfung unvollendet gelassen haben: Jeder Mensch, der sich nicht entwickelt, hat es in der Hand, den "Beweis" anzutreten, daß die Schöpfung umsonst war. Der Apostel Paulus weiß dies, wenn er über das "ängstliche Harren der Kreatur auf die Offenbarung der Kinder Gottes" spricht.⁸

Die ökologische Frage sollte uns zum Umdenken über den Sinn des Wirtschaftens veranlassen. Zwar dient alle Wirtschaft dem Verbrauch, doch ist dieser kein Selbstzweck, sondern Bedingung des Menschseins: Menschen müssen durch das, was für den Verbrauch produziert wird, etwas aus sich machen können. Das ergibt erst die Gegenbuchung zur jeweiligen Vernutzung der Naturgrundlage. (Gesamtgesellschaftlich betrachtet ist das Geistesleben Verbraucher, das Wirtschaftsleben Produzent. Und gerade in der Ermöglichung eines freien Geisteslebens findet das Wirtschaften seine Sinnerfüllung.) Weil es um Entwicklung geht, muß Ökologie mehr sein als das Zurück zu einer "gesunden" und "natürlichen" Lebensweise (das Allergesündeste ist bekanntlich der Schlaf). Die Natur (auch unsere eigene leibliche Natur) fragt nicht bloß nach ihrer Erhaltung, sondern danach, wie wir sie für unsere Entwicklung beansprucht haben.

Selbstverständlich: die Umweltbelastung ist heute enorm; dies darf nicht verharmlost werden. Dennoch ist es nicht lebensgemäß, die heutigen Trends einfach nur hochzurechnen. Wenn es so weitergeht, werden wir den Planeten zerstören, gewiß. Nur wird es eben nicht so weitergehen können. Der Periode extremer ökologischer Belastung kann eine Periode der Erholung des Planeten folgen, wenn ein wirklicher radikaler "Kurswechsel" vollzogen wird.

Verbunden ist ein solcher Kurswechsel notwendigerweise mit dem Übergang zu einer neuen Wirtschaftsform: Wir brauchen Organe im Wirtschaftsleben, die Gleichgewichte herzustellen in der Lage sind und damit die krebstartigen Wucherungsprozesse in der Ökonomie mehr und mehr zum Stillstand bringen. Solche Organe kann man als Assoziationen bezeichnen. Durch die Pflege objektiven Gemeinsinns in Assoziationen kann sich das Wirtschaftsleben verwandeln: wo heute Angst und Gier regieren, kann die Sorge für den anderen Menschen und für die Natur das entscheidende Motiv des Wirtschaftens werden.

⁸ Die Stelle lautet im Kontext (hier nach der Luther-Übersetzung zitiert): "Denn das ängstliche Harren der Kreatur wartet auf die Offenbarung der Kinder Gottes. Sintemal die Kreatur unterworfen ist der Eitelkeit ohne ihren Willen, sondern um deswillen, der sie unterworfen hat, auf Hoffnung. Denn auch die Kreatur wird freiwerden von dem Dienst des vergänglichlichen Wesens zu der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes. Denn wir wissen, daß alle Kreatur sehnt sich mit uns und ängstet sich noch immerdar." (Römer 8, 19-22)

Die Stellung von Forschung und Entwicklung zwischen Geistes- und Wirtschaftsleben und ihre ökologischen Konsequenzen⁹

In der neueren Technik-Debatte wird gelegentlich darauf aufmerksam gemacht, daß von den drei Entwicklungsfaktoren Klima, Bevölkerungswachstum und Technik der Mensch nur den letzten Faktor wirklich beeinflussen könne. Man müsse den Menschen die Angst vor der technischen Innovation nehmen. Die Stoßrichtung - auch bei manchem grünen Realo - geht in Richtung Überwindung der Technik-Feindlichkeit der ökologischen Bewegung - hin zu Technik- und Marktbegeisterung. Man versteigt sich sogar zu der These, unsere ökologischen Probleme seien allenfalls das Ergebnis der mangelnden Technikentwicklung, in spätestens 30 Jahren seien die Schwierigkeiten überwunden - auf technischem Wege.

In der Tat haben wir es heute mit einer enormen Beschleunigung der technischen Entwicklung zu tun.

Drei große Bereiche der Forschung und Entwicklung sind zu unterscheiden: 1. der Bereich der Grundlagenforschung. 2. Angewandte Forschung. 3. Produktions- und Fertigungstechniken.

Früher war die Grundlagenforschung durch den Staat finanziert, also aus dem Steueraufkommen. Die Ausgaben mußten sich nicht unmittelbar rechnen, es gab keine direkte Ergebnisspflichtigkeit. Auch wenn es sich um "Zwangsschenkungen" handelte, die Form der Finanzierung bewirkte doch eine relative Freiheit der Forscher.

In der angewandten Forschung gab es die Situation, daß Erfindungen von einzelnen gewissermaßen noch "über Nacht" möglich waren. Es gab noch den freien Erfinder, der in der Garage am Computer oder anderem bastelte. Die Vorfinanzierungskosten waren klein; über den späteren Ertrag entschied die unternehmerische Verwertung. Entweder verwertete der Erfinder die Sache selbst unternehmerisch, oder er ließ sie patentieren und durch andere verwerten, von denen er die Lizenzgebühren erhielt. Die Finanzierung erfolgte jedenfalls nachträglich, aus Erträgen.

Die Kosten für Produktions- und Fertigungstechnik wurden unmittelbar in die Preise einkalkuliert. Schenkung, Gewinn bzw. Lizenz und Preise waren die drei Finanzierungsarten.

Verwandlung von relativ freiem in gebundenes Geistesleben

Heute haben wir die Situation, daß die meisten großen Patente frei werden. Damit wird es viel schwieriger, jenen Vorsprung in der Technik zu erreichen, der zur Behauptung am Markt führt. Eine immense Verschärfung der Konkurrenz ist die Folge.

Alles wird komplizierter: Es genügt nicht mehr, die fortschrittliche Technologie zu haben; sie muß im richtigen Moment eingesetzt werden, und nur Nachfolgeerfindungen zum rechten Zeitpunkt sichern den Vorsprung. Die Wertschöpfung erfolgt nun nicht mehr durch Lizenzen, sondern muß durch die Art der Fertigung

geleistet werden. Waren früher ganze Produktionsstandorte erst aufzubauen, so werden heute die Nischen zum Überleben rar. Das Verfahren: "Erfinder kündigt und macht eigene Firma auf", ist in der EDV-Branche (wegen der günstigen Zukaufsmöglichkeiten) noch begrenzt anwendbar, insgesamt aber wird es zum Unsinn, für jede Erfindung eine neue Fabrik "auf die Wiese zu stellen".

So nähert sich einerseits die angewandte Forschung der Grundlagenforschung an, die Produktionstechnik andererseits wird mehr und mehr zum unmittelbaren Anwendungsbereich von Forschung. Unternehmen wie IBM verfügen über größere Forschungsabteilungen als manche Universitäten.

Für die Unternehmen wird die Frage der Erlangung neuer Patente bzw. Erfindungen zum unmittelbaren Konkurrenzproblem. "Arbeitnehmerpatente" lautet ein Stichwort. Die Konzerne sind bestrebt, selber Wissenschaftler einzustellen (z.B. die berühmten "Fellows" bei IBM). Zugleich erfordert die notwendige Forschung Investitionen in einer Größenordnung, die von kleinen und mittleren Unternehmen nicht mehr zu leisten sind, ja selbst die Kooperation der "Riesen" ist häufig nicht ausreichend, so daß man - ganz im Sinne der alten "Stamokap"-Theorie - den Staat zu Hilfe ruft.

Es ist klar, daß dadurch für den einzelnen Forscher eine Situation verstärkten Ergebnisdrucks entsteht. Auch bei einer Finanzierung der Universitäten aus Steuermitteln stehen die Forscher unter einem gewissen Legitimations-, auch Publikationsdruck. Dieser ist jedoch entschieden milder als in einer Situation, wo die Finanzierung nicht mehr Schenkungs-, sondern Investitionscharakter hat, sich also unmittelbar rechnen muß. Die Klagen der Pharmakonzerne über ihre hohen Forschungskosten sind nicht nur zum Handwerk gehöriges Geklapper, sondern reflektieren auch eine reale Schwierigkeit. Für die Forscher gehen auf diese Weise Freiräume verloren.¹⁰

Die Verwandlung der Schenkungsverhältnisse des Geisteslebens in eine betriebliche Investition erzeugt Amortisations-Zeitdruck und beschleunigt damit das Tempo der Entwicklung. Nur, wer mithält, kann mit einer zufriedenstellenden Rendite rechnen. Innovationen, die nicht schnell genug vermarktet werden, entwerfen sich rasch. In der Haushaltstechnik beispielsweise rechnet man mit Produktionszyklen von 2-3 Jahren, der Forschungszyklus beträgt aber nur noch 5 Jahre. Ein schnellerer Prozessor ist heute kaum der Öffentlichkeit vorgestellt, da darf man schon an die Vorstellung eines noch schnelleren denken.

Die Hauptprobleme der Produktion sind heute fertigungstechnischer Art. Entwicklung und Fertigungsreife sind aber zwei verschiedene Dinge. Auch an dieser Stelle entsteht gewaltiger Zeitdruck.

Im großen Saal des Patentamts in München sitzen Rentner und Studenten, die für ihre Auftraggeber in den Konzernen die technischen Dokumentationen auswerten. Große Konzerne gehen deshalb aus verständlichen Gründen dazu über, gar keine Dokumentationen mehr zu veröffentlichen und die Forschung ganz in die Unter-

⁹ Nach einem Vortrag von U. Herrmannstorfer beim Netzwerktreffen am 1.11.92.

¹⁰ So wird derzeit beim Pharma-Konzern Hoffmann-Laroche diskutiert, ob man ein Tropeninstitut schließen soll, in dem seit 20 Jahren - bisher ohne das gewünschte Ergebnis - nach einem wirklich durchgreifenden Mittel gegen die Schlafkrankheit gesucht wird.

nehmen hineinzuziehen. Aus noch relativ freiem wird auf diese Weise halbfreies, gebundenes Geistesleben.

Es ist unmittelbar evident, daß unter einem derartigen Druck eine ruhige Folgeabschätzung technischer Innovation immer schwieriger, ja unerwünschter wird. Der Fortschritt wird auf diese Weise zum blinden Fortsturz.

Die direkte Einbeziehung der Forschung in die Unternehmen stößt allerdings auch auf Grenzen. Als nachteilig empfindet man z.B. die Vorfinanzierung des Lebensunterhalts der Forscher, wobei es immer auch ein Lotteriespiel ist, ob man auch den "Richtigen" eingestellt hat. So versucht man Wege zur Optimierung der Wissenschaftsnutzung zu finden. Diese können im Kauf ganzer Forschungsinstitute bestehen oder darin, daß man sich solche Institute durch Sponsoring verpflichtet und sich hierfür z.B. Erstnutzungsrechte für Patente einräumt läßt.

Generell wird in der Industrie die Forderung nach Privatisierung der Forschung laut: Forschung soll auftragsfinanziert und praxisnah sein. Die Privatisierung von Universitäten, so sinnvoll an sich eine Entstaatlichung des Geisteslebens ist, hat auch den Aspekt vermehrter wirtschaftlicher und damit auch geistiger Abhängigkeit, der durch das Stichwort "Praxisnähe" mehr verhüllt als offenbart wird.

Andererseits werden - nicht zuletzt durch das Fehlen staatlicher Mittel - im erforderlichen Umfang - auch Uni-Institute von Auftragsforschung abhängig: Institutsdirektoren müssen immer schon den Gesichtspunkt im Kopf haben, was man denn der Industrie zu bieten habe. Das Ergebnis ist der Verlust der Unabhängigkeit, der nebenbei gesagt auch in anderen Bereichen des Geisteslebens zu konstatieren ist (Anzeigenabhängigkeit der Zeitschriften, Werbeeinnahmen-Abhängigkeit der Fernsehsender).

Wissenschaft wird so zum Büttel der Interessen. Man ruft bereits automatisch nach dem Zweitgutachter, weil Mißbrauchsunterstellungen nur zu naheliegend sind, wo Privatinteressen die Zahlung steuern.

Grenzziehungen sind nötig, um handlungsfähig zu werden

Wir haben es mit einem Verlust der Widerstandskraft des Geisteslebens gegenüber dem Wirtschaftsleben zu tun, einer Situation, die einen eigenen Handlungsspielraum im Geistesleben immer mehr unmöglich macht. Die EG-Harmonisierung des Bildungswesens im Interesse der Märkte läßt in dieser Hinsicht für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Wie werden wir wieder handlungsfähig? Das ist heute die entscheidende Frage.

Handlungsfähigkeit erlangen wir offensichtlich nur dann zurück, wenn es gelingt, Trennlinien zwischen Forschung und Wirtschaft zu ziehen. Das Wirtschaftsleben darf nicht vorentscheiden, welche Forschungsvorhaben möglich sind und welche von vornherein am fehlenden Geld scheitern.

Wie läßt sich ein abgetrenntes, unabhängiges Geistesleben finanzieren? U.a. auch dadurch, daß frei vergebene Lizenzen mit einer Nutzungsgebühr versehen sind, die freier Forschung zugutekommt. Da alle angewandte Forschung zu Renditebildungen führt, ist es eine reine Willensfrage, ob wir aus diesen Renditen freies geistiges Leben ermöglichen wollen oder nicht. Im übrigen wäre

ein freies Geistesleben auch für die Wirtschaft billiger; wir täuschen uns hierüber, weil wir Forschungs- und Entwicklungskosten nicht richtig, das heißt gesamthaft, bilanzieren.

Handlungsfähigkeit zu gewinnen ist auf der anderen Seite davon abhängig, daß der Kräftigung des Geisteslebens aus dem Wirtschaftsleben etwas entgegenwächst, was den sich spiralförmig verstärkenden Druck der blinden Konkurrenz entspannt.

Im einzelnen Unternehmen ist es heute selbstverständlich, nicht gleich ein ganzes Werk stillzulegen, nur weil ein altes durch ein neues Produkt ersetzt wird. Der wertvernichtende Charakter eines solchen Verhaltens würde sofort buchhalterisch sichtbar. - Im gesamtwirtschaftlichen Maßstab aber ist dieses Verfahren gang und gäbe, weil die dazu notwendige Buchhaltung auf viele Unternehmen verteilt ist: Der Produktionsgewinn für das neue Produkt wird mit dem Verlust für das alte Produkt nicht real verrechnet. Die statistische Erfassung hat für den Handelnden keinerlei Auswirkungen.

Wenn ein weltweit tätiger EDV-Konzern einen neuen Drucker auf den Markt bringen will, wird nicht etwa in dem Werk, in dem die Neuentwicklung erfolgt ist, auch die Fertigung neu aufgebaut, sondern man sieht weltweit zu, ob es nicht am günstigsten ist, den Drucker in einer bereits bestehenden Fabrik zu fertigen. Innerhalb des Konzerns wird aufgrund von Gesprächen und Erwägungen frei entschieden, was am meisten Sinn macht.

In diesem Sinne gesamtwirtschaftlich zu verfahren, d.h. Gesamtvor- und -nachteile ins Auge zu fassen und zu bilanzieren, Zusammenarbeitslösungen zu finden, - das würde die mit dem Anwendungsdruck verbundenen Kurzschlußgefahren vermindern. Wir kämen zu einem selbst steuernden System, das seine Sicherheit von innen her gewährleisten kann, während heute der Sicherheitsschalter von außen betätigt werden muß (Tests und Kontrollen von außen als Schutz unbeteiligter Konsumenten), weil Zeit- und Kostendruck verhindern, daß von vornherein nur das Überschaubare, das Verantwortbare zugelassen wird.

Das Gegenteil ist das heute übliche: Unternehmen rationalisieren; was mit den dadurch freigestellten Arbeitskräften geschieht, hat höchstens den Staat zu interessieren.

Es geht nicht etwa darum, den qualitativen und quantitativen Fortschritt zu beseitigen, es geht vielmehr darum, ihn zu beruhigen, wo aus ihm längst blinder Fortsturz geworden ist. Nur diese Beruhigung kann dazu führen, daß die Folgen des technischen Wandels sozial und umweltbezogen bewältigbar und gestaltbar bleiben. Heute kommt der Einsatz der Technik prinzipiell zu früh, das Sichbekümmern um die Folgen prinzipiell zu spät. Von einer Erfindung bis zur wirklich angemessenen Arbeitsschutzverordnung im Umgang mit ihr können 10 Jahre vergehen. Sinnvoll wäre dagegen, eine Erfindung erst freizugeben, wenn sie ein entsprechendes "Sicherheitsniveau" aufweist. Heute führt der Konkurrenzdruck dazu, daß Medikamente tendenziell zu früh auf den Markt gebracht werden. Die Patient und Arzt entmündigende Kontrolle von außen, die im Arzneimittelsektor immer wieder Platz greift, hat ihre Ursache z.T. in solchen Verhältnissen, die es dem Konsumenten kaum zu

gestatten scheinen, zu einer Entwicklung überhaupt Ja oder Nein sagen zu können.

Kleine und mittlere Unternehmen können Forschung und Entwicklung praktisch nicht finanzieren und werden als Zulieferer in die Zusammenarbeit mit den Großen eingebunden. Große Konzerne werden heute aus Machtgründen aufgebaut. An die Stelle der Machtzusammenballungen müßte ein Kooperationsverhalten treten, das Unternehmen zusammenschließt, ohne Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse entstehen zu lassen.

Technisches Know how und "Dritte Welt"

Ein besonderes Kapitel ist die ökologische Problematik im Verhältnis zur Dritten Welt. Dies hat sich deutlich auf dem Umweltgipfel in Rio gezeigt.

Zunächst klingt ja die Forderung sehr plausibel, daß der jeweils ökologisch fortgeschrittenste Stand der Technik Standard sein sollte. Für die Entwicklungsländer hieße das: entweder fortschrittliche Produkte (z.B. FCKW-freie Kühlschränke) in den Industrieländern kaufen oder entsprechende Lizenzen nutzen. Dabei zeigt sich jedoch, daß hiermit zunächst einmal nur die Schuldenkrise der Entwicklungsländer verschärft würde - "Wovon denn?" ist eine berechtigte Frage. So wehren sich die Drittweltländer dagegen, eine Technik zum Standard zu machen, für deren Entwicklung die reichen Länder selbst mindestens 40 Jahre gebraucht haben, und fordern ein eigenes angemessenes "Naturverbrauchspotential". D.h. um auf die Beine zu kommen, wird ein Recht auf ein gewisses Maß an Umweltzerstörung postuliert, es wird über Entwicklungsquoten verhandelt usw. Die Alternative zu diesem fehlerhaften Kreislauf bestünde darin, Know how zu verschenken! Das scheitert heute nur daran, daß dieses Know how betriebswirtschaftlich aktiviert ist. So zeigt sich auch an dieser Stelle, daß es keine Alternative zur Entwicklung assoziativer Zusammenarbeit gibt.

Gegenwärtig werden im Rahmen des GATT bekanntlich Handelshemmnisse im Agrarbereich kritisiert, aber auch Handelshemmnisse durch technische Einfuhrvorschriften, von deren Abbau die Entwicklungsländer zu profitieren hoffen - eine wohl trügerische Hoffnung. Hiergegen wehren sich besonders die europäischen Länder. Der verstärkt geplante Schutz des "geistigen Eigentums" gegen "Produktpiraterie" durch das GATT trifft dagegen besonders die Entwicklungsländer.

Notwendig wäre ein Ausbruch aus dem Zirkel der falschen Alternativen. Umweltschutzbedingungen sind berechtigt, auch für Entwicklungsländer, wenn diesen auf der anderen Seite Know how frei zur Verfügung gestellt wird. Wir müssen lernen, Weltwirtschaft als Geflecht von gegenseitigen Abhängigkeiten, aber auch als Gefüge von Chancen gegenseitiger Hilfeleistung zu sehen. Statt abstrakt gegen Protektionismus anzugehen, müssen wir lernen zu bedenken, wo sinnvollerweise jener Schutz gewährt werden muß, ohne den nichts real Lebendiges in bestimmten Phasen seiner Entwicklung überleben kann.

Dreigliederung des sozialen Organismus und Ökologische Frage: Was heißt organisch denken? - Praktische Erfahrungen mit Recycling

Heidjer Reetz

Einleitung: Was heißt organisch denken?

Im Zeichen der ökologischen Frage ist immer mehr Menschen bewußt geworden, daß die Erde ein Planet mit begrenzten Möglichkeiten ist, auf dem der Mensch lernen muß, mit dem Gegebenen hauszuhalten. Dieser offensichtlichen Notwendigkeit steht die erdrückend starke Tendenz des westlich geprägten Wirtschaftssystems gegenüber, die Stoffe und Kräfte der Erde in einer Art und in einem Ausmaß zu verbrauchen, die zu einer Katastrophe für alle Naturreiche werden kann, es sei denn, es gelingt dem Menschen, dieses Wirtschaftssystem von Grund auf zu wandeln.

Die folgenden Ausführungen sind die schriftliche Wiedergabe eines Referates, zu dem mich Christoph Strawe einlud, da mir sowohl die Idee der Dreigliederung als auch die in der heute gängigen Wirtschaftspraxis entstehenden ökologischen Probleme vertraut sind. Ein Referat kann den hier angesprochenen Themenbereich natürlich nur von einem bestimmten Gesichtspunkt aus beleuchten. Mir kam es darauf an, die Beziehung, die der soziale Organismus speziell durch das Wirtschaftsleben zum Erdorganismus hat, darzustellen und anhand meiner praktischen Erfahrungen im Bereich Wiederverwertung und Kreislaufwirtschaft zu zeigen, wo die naturvernichtende Tendenz der gängigen Wirtschaftsweise ihre Ursachen hat.

Zunächst möchte ich davon ausgehen, daß der Ansatz der anthroposophisch orientierten Sozialwissenschaft wesentliche Ergänzungen zu der Denkweise liefert, die ohne geisteswissenschaftlichen Hintergrund versucht, an die ökologischen Probleme heranzutreten. Die geisteswissenschaftlich orientierte Sozialwissenschaft problematisiert im Unterschied zu einem kybernetisch, systemisch oder funktional orientierten Denken in erkenntnistheoretisch begründeter Weise die Frage des Menschenbildes und darauf aufbauend die Frage der Wechselwirkung zwischen dem Menschen und den von ihm geschaffenen Einrichtungen.

Mit den letztgenannten Denkansätzen kommt man z.B. dahin, das soziale Geschehen nach dem Muster von rückgekoppelten Regelkreisläufen zu durchdenken, wie das in der ersten global aufrüttelnden Veröffentlichung in den "Grenzen des Wachstums" von Meadows geschehen ist. Diese wissenschaftliche Arbeit ist in den meisten Einzelheiten heute überholt, trotzdem ist ihre Grundaussage richtig geblieben. Was hier methodisch-wissenschaftlich nun nicht erfaßt werden kann, ist der Mensch, also derjenige, der die Regelmechanismen im Guten wie im Bösen in Gang setzt. Die wesentliche Frage, wie steht der Mensch mit seinen rationalen und irrationalen Motiven und Antrieben gesetzmäßig durch das von ihm geschaffene Gesellschaftssystem in diesen Prozessen, kann durch eine berechnende, statistische Prognostik oder eine modellhaft vorstellende Kybernetik nicht einmal hinreichend gestellt werden. Mir ist außer der anthroposophisch orientierten Sozialwissenschaft keine Wis-

senschaftsrichtung bekannt, welche die Handlungen und Intentionen des Menschen mit der gleichen Objektivität zu erfassen sucht, die gegenüber den ökonomisch-ökologischen Regelkreisläufen erreicht wird.

Der Standpunkt des Wissenschaftlers erschöpft sich heute darin, den Akteuren auf der sozial-ökonomischen Bühne den immer düsterer werdenden ökologischen Hintergrund in Form von immer genaueren Prognosen zu malen und zu hoffen, daß sich die wirtschaftlich agierenden Subjekte "doch mal endlich" nach diesen objektiven Tatsachen richten mögen, statt nach ihrer subjektiven Gewinnmaximierungsmaxime. "Seid vernünftig, Kollegen, sonst schafft euch die Evolution ab", so formulierte es der jüngst verstorbene Physiker Hoimar von Ditfurth, dem die ökologische Frage ein Herzensanliegen war. Die fatale Situation einer in Teilbereichen objektiven und in anderen Teilbereichen nicht aussagefähigen Wissenschaft erinnert an ein tragisch-komisches Theaterspiel zwischen einem Moralisten und einem Bösewicht. Der Berliner Volkshumor hat die Situation in einem Spruch eingefangen: "Jehe in dir" sagt der Moralist, antwortet der Bösewicht: "War ick schon, is och nischt los."

Die geisteswissenschaftliche Ergänzung, die über das Beschreiben und Prognostizieren ökologisch-ökonomischer Regelkreise und Modelle hinausführt, beginnt damit, daß der Begriff des *sozialen Organismus* in die Sozialwissenschaft eingeführt und in seiner inneren Gesetzmäßigkeit exakt erfaßt wird. Die organische Ebene vermittelt zwischen den mathematisch und modellhaft zu erfassenden äußeren Mechanismen und den dadurch wissenschaftlich nicht zu erfassenden menschlichen Motiven und Antrieben, aus denen ja die Art und Weise hervorgeht, wie das äußere Geschehen abläuft. Wenn wir erkennen, daß die ökologische Krise mit ihren sozialen Ursachen weder einseitig äußerlich durch Umweltprogramme, noch einseitig innerlich durch eine neue Ökomoral gelöst werden kann, werden wir den Schwerpunkt der Lösung auf die Erkenntnis dieser organischen Ebene legen. Diese Ebene und die ihr entsprechende Erkenntnisweise sind fähig, das Seelische des Menschen und die Rolle äußerer sozialer Verhältnisse gleichermaßen miteinzubeziehen, d.h. Inneres und Äußeres zu verbinden. In Anlehnung an Goethe können wir für die Sozialwissenschaft wie folgt formulieren:

EPIRRHEMA

Müset im sozialen Trachten
immer eins wie alles achten;
Nichts ist drinnen, nichts ist draußen:
denn was innen, das ist außen.
So ergreift ohne Säumnis
Heilig öffentlich Geheimnis.

Freuet euch des wahren Scheins,
Euch des ernstesten Spieles:
Kein Lebendiges ist ein Eins,
Immer ist ein Vieles.

Die Frage, die ernst und gründlich beantwortet werden muß, lautet: Was heißt organisch denken, und was ist ein Organismus in Bezug auf das soziale Zusammenleben der Menschheit?

Organismus heißt zunächst allgemein, daß es sich um ein lebendiges Wesen handelt, das eine gesetzmäßig bestimmte Entwicklung in der Zeit durchmacht. Das Wesen entfaltet seine Wirkenskräfte oder Wesenswirkung, die wir im Folgenden "Funktionen" nennen, in der Zeit. Da die Entwicklung in der Zeit durch Geburt und Tod begrenzt ist, wird sie durch drei organische Funktionen bestimmt:

- die *aufbauende* Funktion, die mit der Empfängnis einsetzend in der Jugendzeit des Organismus überwiegt,
- die *rhythmische* Funktion, die in der Lebensmitte vorherrscht, und
- die *abbauende* Funktion, die je mehr sich der Organismus dem Tode nähert, desto stärker den ganzen Organismus durchsetzt.

Aus dieser ersten Beschreibung geht bereits hervor, daß es nur drei Funktionen geben kann, da der Erscheinung eines Wesens als Organismus die *Polarität von Leben und Tod* zugrundeliegt. Mit dieser Polarität ist auf den Anfang und das Ende der jedem Organismus eigentümlichen *Zeitgestalt* hingewiesen, die in ihrer Eigentümlichkeit Rhythmus ist. Die *Zeitgestalt* unterscheidet den Organismus von dem sich in der *Raumgestalt* erschöpfenden Mineral, in dem sich kein individualisierter Lebensprozeß verkörpert. Der Begriff "wesenhaft" oder "Wesen" ist in der anthroposophisch orientierten Geisteswissenschaft buchstäblich zu nehmen. Der sich zwischen Geburt und Tod entwickelnde Organismus ist Ausdruck des sich inkarnierenden Lebensprozesses von Wesen oder Wesenheiten.

Zusammenwirken von Funktionen

Dem Wesenhaften begegnet der Mensch in seinem gewöhnlichen Bewußtsein direkt und unmittelbar nur im eigenen Selbstbewußtsein. In dem Punkt, in dem er sich mit sich selbst identisch weiß, zu sich selbst "Ich" sagt, liegt eine unmittelbare Wesenswirkung vor. Der Verlust des Identitätsbewußtseins kommt einem Sturz ins Wesenlose gleich. Das Wesen seiner Mitmenschen und die Wesen der Naturreiche nimmt der Mensch bloß mittelbar durch ihre äußere Erscheinung, ihre Raumgestalt wahr. Schon die *Zeitgestalt* kann nicht mehr unmittelbar wahrgenommen, sondern nur gedacht werden. Die Art nun "wie" in den Naturreichen diese drei Funktionen in differenzierter Weise zusammenwirken, macht ihre besondere Eigentümlichkeit aus. Das Mineral hat wie gesagt noch überhaupt keinen individualisierten Lebensprozeß in sich. Die Pflanze kennt organisch nur die aufbauende Wesenswirkung. Ihr bleibt der Tod noch etwas äußerliches, von dem sie zwar berührt wird, das sie aber noch nicht wesenhaft in sich trägt. Die abbauende Wesenswirkung wird organisch innerlich, beim Tier, dem das Sterben zu einem seelischen Erlebnis wird. Der Mensch schließlich hat das Sterbenkönnen zu einem geistigen Erlebnis gesteigert, zur Frage nach der Transformation des eigenen Bewußtseins. Da hier der Schritt von einem seelischen Bewußtsein hinein in ein geistiges möglich wird, zeichnet sich der Mensch dadurch aus, daß bei ihm die drei organischen Lebensfunktionen "Aufbau-Rhythmus-Abbau" in einem vollkommenen Gleichgewicht stehen. Nur auf der Grundlage eines vollkommenen organischen Gleichgewichtes bietet das Seelische dem Geistigen die Möglichkeit zu erscheinen. Dies auszuführen und zu begründen

würde hier zu weit führen, obwohl gerade daran das Denken, das imstande ist, Ökologie und Ökonomie richtig zu verbinden, hervorragend geübt werden kann.

Wir machen nun direkt einen Sprung in die Methode der anthroposophisch orientierten Soziologie, die sich daraus ergibt, daß der Mensch fähig ist, sein eigenes Wesen zu erfassen, sich geistig, d.h. in erster Linie erkennend zu verhalten. Dies unterscheidet ihn grundlegend vom Mineral, der Pflanze und dem Tier. Viele Menschen empfinden so eine Aussage als Anmaßung. Wenn sie geduldig verfolgen würden, was sich aus dieser Aussage für den Menschen in Wahrheit ergibt, würden sie diese Meinung nicht mehr haben können. Aus ihr folgt zunächst, daß es sich für den Soziologen überhaupt nicht darum handeln kann, innerhalb der Struktur und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nach "äußeren" Gesetzen im Sinne der Naturgesetze zu suchen und sie gedanklich als allgemein gültige zu formulieren. Da das Wesen des Menschen unmittelbar gegenwärtig ist, da wir es selbst sind, kann es nur darum gehen, dieses Wesen in angemessener Form wahrzunehmen, zu beschreiben und aufzuzeigen, wie sich aus ihm soziale Einrichtungen und ihre Wirkungsweise konstituieren und bilden.

Die drei organischen Funktionen "Aufbau-Rhythmus-Abbau" gehören zum Wesen des Menschen. Aus seinem Wesen bilden sie das soziale Leben und die sozialen Einrichtungen. Im sozialen Prozeß sind wir somit unmittelbar dabei, da die Bildekkräfte des sozialen Lebens aus unserem eigenen Wesen fließen. (Zum Ausdruck "Bildekkräfte": Wer anfängt, die von Steiner vorgetragene Methode und ihre Ergebnisse gründlich zu durchdenken, kommt immer wieder an Punkte, da er bewundernd vor dem Sprachgeist steht, der in dem vergleichsweise spröden Material neue Ausdrucksformen geschaffen hat. Diese Sprachschöpfungen sind allerdings für viele auch eine arge Zumutung, da sie das gewohnte Denken erschweren oder sogar unmöglich machen.)

Sowohl im sozialen, wie im natürlichen Organismus erschöpfen sich die Funktionen nicht in ihrer Tätigkeit, sondern bilden spezifische Organsysteme aus, an denen die Art ihrer Wirksamkeit gleichsam von außen abgelesen werden kann. Beim natürlichen Organismus herrscht die abbauende Funktion im Kopfbereich, im Sinnes-Nerven-Organismus vor, die rhythmische Funktion hat im Atmungs-Kreislauf-System ein Abbild ihrer organischen Tätigkeit und die aufbauende Funktion schafft sich im Stoffwechsel-Gliedmaßen-System eine ihrer Wirkungsweise entsprechende Gestalt.

Organsysteme

Eine Gestaltbildung im Bereich des Organischen ergibt sich nun immer aus dem Zusammen- und Ineinandewirken der drei Lebensprozesse. Eine Lebensfunktion kann niemals isoliert auftreten. Sie kann nur im Verhältnis zu den beiden anderen im Vordergrund stehen, d.h. im eigentlichen Sinne gestaltbildend wirken, während die beiden anderen Funktionen dann gleichsam von außen diese Gestalt modifizieren. Dies geschieht in der Tat beim einzelmenschlichen Organismus in vorbildhafter Gleichgewichtigkeit.

- Im Haupt des Menschen hat die Abbaufunktion, der Todesprozeß die ihm eigentümliche Gestalt gebildet. Die rhythmische Funktion und der Stoffwechsel wirken von außen durch Atmung und Blut erhaltend herein.

- Im Atmungs-Kreislauf-System schafft sich die rhythmische Funktion ihr Abbild - von oben vom Nerven-Sinnes-Prozeß, von unten vom Gliedmaßen-Stoffwechsel-Prozeß - diese vermittelnd - durchzogen.

- Im Stoffwechsel-Gliedmaßen-System bildet die aufbauende Funktion ihr Organsystem aus, das durch rhythmische Funktionen geregelt und durch Sinnes-Nerven-Funktionen, die aber hier tief unbewußt sind, gesteuert werden muß.

Was sind und wie wirken nun im sozialen Leben die drei vom Menschen ausgehenden Funktionen, die dazu berechtigten, von einem sozialen Organismus zu sprechen?

- Der Mensch als *fähiges* Wesen baut den sozialen Organismus auf. Dabei helfen ihm auch die Begabungen und Fähigkeiten der Erde. Hinter jeder Fähigkeit steht als Wesensglied letztendlich der *Geist*, wie er sich in individueller Weise auslebt.

- Der Mensch als *bedürftiges* Wesen nimmt den sozialen Organismus in Anspruch, er verbraucht, baut letztendlich wieder ab, was von den Fähigkeiten aufgebaut worden ist. Hinter jeder Bedürftigkeit steht als Wesensglied der Leib.

- Die Mitte ist im sozialen kein naturgegebener Rhythmus, sondern die mehr oder weniger bewußte Vermittlung zwischen *mündigen* Menschen, welche die Gestalt von Recht und Gesetz annimmt, durch die eben Handlungsspielräume und Ansprüche, Rechte und Pflichten vermittelt und geregelt werden. Hinter dem mündigen Menschen steht als Wesensglied, der für alle Menschen gleiche Anspruch als freiheitsfähige *Seele* geachtet zu werden.

Aus dem fähigen, gebenden Menschen entspringt also der Aufbauprozeß im sozialen Organismus, aus dem bedürftigen, nehmenden Menschen der Abbauprozeß, die Vermittlung beider Pole wird durch den Prozeß der Mündigkeit herbeigeführt. Damit haben wir die Beziehung zwischen dem Wesen des Menschen und den sozialorganischen Funktionen hergestellt. Ebenso wie im natürlichen Organismus führen die vom Menschen ausgehenden Funktionen des Aufbaues, der Vermittlung und des Abbaues zu drei spezifischen sozialen Organsystemen, mit den ihnen entsprechenden Einrichtungen.

- Im Geistesleben, das eben dem Aufbau und der Ausbildung von Fähigkeiten dient, entstehen die Einrichtungen, der Pädagogik, der Medizin, der Wissenschaft, der Kunst und der Religion.

- Im Rechtsleben, das Handlungsspielräume eröffnet und begrenzt, finden wir wesenhaft die Organe der Legislative und der Exekutive.

- Im Wirtschaftsleben, das die Fähigkeiten in den Dienst von Bedürfnissen stellt, haben wir es mit den Betrieben und Einrichtungen der Warenproduktion und -zirkulation zu tun.

Rudolf Steiner vergleicht deshalb das Wirtschaftsleben mit dem Sinnes-Nervensystem des natürlichen Organismus, das Geistesleben mit dem Stoffwechsel-Gliedmaßen-System, weil er bei diesem Vergleich nur von den organischen Funktionen ausgeht. Wer dies nicht beachtet, muß sich doch wundern, warum das Stoffwechsel-Gliedmaßen-System des sozialen Organismus nicht zum Wirtschaftsleben in Bezug gesetzt wird, da hier doch Nahrungsaufnahme und Verdauung stattfindet, was uns als verwandt mit wirtschaftlicher Tätigkeit an-

mutet, während im Kopfbereich Bewußtsein und Denken den Vergleich mit dem Geistesleben nahelegen könnten. Wer nicht beachtet, daß dieser Vergleich nur ein solcher nach organischen Funktionen ist und noch nicht das gesamte Wesen des Menschen in Betracht gezogen wird, hat immer wieder Schwierigkeiten, ihn zu verstehen und seine ungeheure methodische Bedeutung für sich fruchtbar zu machen.

Diese ergibt sich daraus, daß durch die organischen Funktionen im Sozialen die *Menschheit* eine *"Lebensgemeinschaft"* wird. - Eine Lebensgemeinschaft, keine Seelen- und keine Geistgemeinschaft. Die letzten beiden Formen werden menschheitlich erst in späteren Epochen der Kulturentwicklung erreicht werden, was aber nicht heißt, daß sie nicht in vorbildhafter Weise durch kleine Gemeinschaften vorgelebt werden könnten. Leider geschieht dies kaum, da das Bewußtsein von der gesetzmäßigen Verbundenheit jeder besonderen Menschengemeinschaft mit der Lebensgemeinschaft Menschheit viel zu schwach ausgebildet ist. Das Bewußtsein von der organischen Ebene, in der die Einheit des Lebens der Menschheit wurzelt, ist der wahrhaft tragende Untergrund für die nach Seelen- und Geistgemeinschaft strebenden. Fehlt dieser Untergrund in seiner zeitgemäßen Entwicklungsform, bekommen solche Gemeinschaftsbildungen leicht parasitäre und sektenhafte Züge.

Das in jeder einzelnen Menschenseele schlummernde Bewußtsein, auf der Erde Teil einer großen umfassenden Lebensgemeinschaft zu sein, wird heute durch bestimmte Vermischungen zwischen Rechtsleben und Wirtschaftsleben massiv unterdrückt. *Diese Vermischungen von sozialen Lebensfunktionen sind die kaum hinterfragte wahre Ursache der ökologischen Krise!!* Ich werde unten am Beispiel meiner praktischen Erfahrungen darstellen, wie die Wirtschaft, die den Abbau- oder Todespol im sozialen Leben darstellt, Rechte und Fähigkeiten zur Ware macht, wodurch ein Marktsystem entsteht, das es gar nicht mehr mit Waren zu tun hat. In dem Maß als dies geschieht, können sich die einzelnen Wirtschaftssubjekte nicht verantwortlich für die ökologischen Folgen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit fühlen und hegen stattdessen den illusionären Glauben, diese Folgen dem Staat aufbürden zu können. Die globale Verantwortung kann in vermischten Verhältnissen nicht an jedem einzelnen Ort wirtschaftlichen Tuns ausgebildet werden. Stattdessen schreit alles nach einem Übervater, der diese Verantwortung übernehmen soll. Dies ist unrealistisch. Realistisch ist, soziale Einrichtungen zu schaffen, in denen die ökologischen Folgen der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht abgewälzt werden, so daß in jedem Teil - d.h. im sozialen Zusammenhang in jedem Menschen - das Bewußtsein der Ganzheit *praktisch* leben kann. Dann entspricht im sozialen Organismus der wirtschaftenden Menschheit das Verhältnis von Teil und Ganzem, dem Verhältnis, das einen Organismus überhaupt auszeichnet.

Wir können also festhalten, daß die eigentliche Ursache der ökologischen Krise nicht die physisch-materiellen Zerstörungs- und Verschmutzungssymptome sind, sondern die Verhinderung einer Wesensentfaltung des einzelnen Menschen durch die Vermischung der organischen Lebensfunktionen im Sozialen. Dies wird im zweiten Teil nun an einer einzelnen praktischen Erfahrung noch einmal aufgezeigt.

II. Praktische Erfahrungen beim Versuch, Stoffkreisläufe zu bewirken

1982 begann ich, eine Firma zur Rückführung von gebrauchtem Verpackungsmaterial und anderen im Handel und in der Produktion anfallenden wiederverwertbaren Stoffen aufzubauen. Nach einer Vorarbeit im Arbeitskreis Recycling des Bund für Umwelt und Naturschutz und auch mit einer praktischen Unterstützung durch diese Gruppe begann ich auf drei Gebieten den heute noch weitgehend üblichen "linearen" Stofffluß im Wirtschaftsleben punktuell in einen Kreislauf zu verwandeln. Statt der üblichen linearen Bewegung, die der Stoff durchmacht, von der Erzeugung, über den Handel zum Verbrauch und dann auf die Abfalldeponie oder in die Müllverbrennungsanlage, versuchte ich vor allem für Aluminium, Plastik und Kartonagen eine Kreislaufwirtschaft in Gang zu setzen. Ich will im Folgenden nur das Beispiel Aluminium beschreiben, da es in der Praxis heute noch am besten funktioniert und die Freiburger Aluminiumsorgung in ihrer Art einmalig ist. Aluminium macht nur 2% des Hausmülls aus, so daß es in großtechnischen Anlagen zur Hausmüllsortierung kaum erfaßt wird. Im Arbeitskreis Recycling war uns klar, daß Aluminium nur durch Vorsortierung im einzelnen Haushalt, wenn es dort anfällt, wiederverwertbar würde. Ich stellte also im Freiburger Großraum zunächst etwa 150 Kleincontainer auf: in Kindergärten, Schulen, bei Verwaltungsgebäuden, neben Glascontainern usw. Als Container dienten Fässer, in denen eine Großkelterei für Fruchtsäfte Fruchtsaftkonzentrate aus Übersee einfuhrte und auf deren Gelände sich die leeren Fässer zu hunderterten stapelten. Die Fässer wurden einheitlich bemalt und mit einem Aufkleber versehen, auf dem alles wichtige in Kurzform zu lesen war, vor allem die Telefonnummer, die anzurufen war, wenn das Faß voll war. Dann druckten wir Flugblätter, auf denen die Technik und der Sinn der Sammlung dargestellt war. Was ist Aluminium, wie kann man es von anderen Metallen unterscheiden, warum ist es so wichtig Aluminium wiederzuverwerten usw. Alle diese Fragen waren kurz angesprochen. Dieses Flugblatt verteilten wir in den Haushalten rund um jeden Sammelcontainer und legten es in den Einrichtungen aus, die sich bereit erklärt hatten, einen Container auf ihr Gelände zu stellen.

Gleichzeitig machten wir in Gemeinde- und Kirchenblättern und in der Presse mehrmals auf die Sammlung aufmerksam und wurden dann auch öfters in Schulen und sogar in Kindergärten eingeladen, um die Sammlung darzustellen.

Der Erfolg war ziemlich durchschlagend, schon nach wenigen Monaten kamen mehrere 100 kg Aluminium pro Monat zusammen und nach einem Jahr hatte sich die Menge auf 1000kg pro Monat eingependelt. Das anfallende Aluminium mußte allerdings stets nachsortiert werden, was aber mit Hilfe eines freundlichen Schrotthändlers, der uns Großcontainer günstig zur Verfügung stellte, sehr rationell, d.h. arbeitssparend durchgeführt werden konnte. Die Sortierleistung betrug im Durchschnitt etwa 100 kg/Std, so daß insgesamt nur ein voller Tag im Monat für Sortierarbeiten eingeplant werden mußte.

Nun kommt der marktwirtschaftliche Anteil an dieser Unternehmung: Anfang des Jahres 83 bekamen wir für ein kg Aluminium beim Großhandel 0,30 DM. In dieser Phase subventionierten wir das Aluminium aus dem übrigen Betrieb. Der LKW-Fahrer, der seine Entsorgungsrunde für Druckereien und andere Betriebe drehte, leerte nebenher noch die voll gewordenen Aluminiumfässer. Im Jahre 83 stieg dieser Preis kontinuierlich, bis er etwa Mitte 84 die erstaunliche Höhe von 2,20 DM/kg erreichte. Das heißt, das, was für den Betrieb vorher ein ökologisches Werbeschildchen war, das aufgrund einer Mischkalkulation ausgehängt werden konnte, war plötzlich ein ziemlich rentabler Geschäftszweig geworden, in den es sich allemal lohnte zu investieren. Die Größe des Einzugsgebietes und die Zahl der Behälter wuchs, die Werbeanstrengungen und die Fahr- und Sortierleistung ebenfalls. Wir röherten uns in guten Monaten der 2000 kg Marke. Bei der Preislage war es nicht unrealistisch, daß die Aluminiumentsorgung bald einen vollen Arbeitsplatz abgeben würde.

Dies war indessen nicht der Fall, denn Ende 84 und dann im Laufe des Jahres 85 begann der Preis eine merkwürdige Berg- und Talfahrt, die trotz mancher hoffnungsvoller Zwischenspitzen insgesamt doch kontinuierlich nach unten zeigte, bis 1988/89 eine Talsohle von 0,10 bis 0,20 DM/kg erreicht war, aus der sich der Preis seither nicht mehr fortbewegen will, so daß die Aluminiumentsorgung sich nicht mehr der Sonnenseiten der Marktwirtschaft erfreuen kann und in einem tiefen Tal ein tristes Schattendasein fristen muß.

Dies war indessen auch nicht der Fall, denn meine Nachfolger im Betrieb - ich hatte nach etwa sieben Jahren den Altstoffhandel aus verschiedenen Gründen, die nachher noch zur Sprache kommen, ziemlich satt - waren so schlau, den Vertretern des öffentlichen Wohls ihr Leid zu klagen und ihnen mit vielen Argumenten und Überredungskünsten klar zu machen, daß dieses hoffnungsvolle Pflänzchen der Müllvermeidung doch nicht einfach sterben könne. Ein sehr eindrucksvolles Argument war beispielsweise die Tatsache, daß einige Wissenschaftler die steigende Aluminiumkonzentration im Grundwasser für die Alzheimer Krankheit verantwortlich machten, da sie im Gehirn der solcherart Erkrankten überdurchschnittlich hohe Aluminiumkonzentrationen gemessen hatten. Bei der Frage, wollt ihr auf Dauer 2000 kg Aluminium mehr im Grundwasser der Breisgauer Bucht oder nicht, wurde schon mancher Politiker nachdenklich. Aber auch der volkspädagogische Wert der Sammlung sprach immer stärker für sich. Wir hatten ganz stark auf den Dreischritt: 1. Vermeiden, 2. Sortieren und 3. Wiederverwerten, abgestellt. Angesichts dessen, daß das Ende des Fassungsvermögens der Mülldeponie auf das Jahr 1997 prognostiziert war, war ein Unternehmen, mit einem solchen Beratungsgrad, was die Müllvermeidung betrifft, eine willkommene Bereicherung. Im Laufe der Jahre 1988/89/90 unterzeichneten immer mehr Gemeinden mit der Firma Entsorgungsverträge, in denen festgelegt wurde, daß wir pro Kopf und Monat 25 Pfg. für das Angebot und die Infrastruktur Aluminiumentsorgung erhalten. Die Firma bekam nun, was der Markt nicht mehr hergab, aus den Haushaltsmitteln der Kommunen, was das Leben dieses Entsorgungszweiges rettete und, wenn man den sonst drohenden Wegfall eines Arbeits-

platzes einrechnet, wahrscheinlich für die Kommunen auch billiger war. Das Besondere an diesen Verträgen war, daß wir nicht für eine Entsorgungsleistung bezahlt wurden und somit auch kein Interesse an einer steigenden Menge des zu entsorgenden Stoffes zu haben brauchten, sondern nach wie vor die Vermeidung an erste Stelle setzen konnten. Dies unterschied unseren Vertrag ganz wesentlich von den heute üblichen Verträgen, die zwischen Kommunen und privaten Firmen abgeschlossen werden. Heute werden die Firmen in der Regel für die Entsorgungsleistung bezahlt. Da jede Firma gerne mehr Umsatz machen möchte, um ihre Betriebsmittel auszulasten oder weil es überhaupt reizvoll erscheint, immer ein bißchen und noch ein bißchen größer zu werden, setzt sich keine dieser Firmen für eine konsequente Vermeidungsstrategie ein.

"End of the Pipe"-Technologie

Einer der Gründe nun, warum ich dieses Wiederverwertungsgeschäft auf Dauer nicht betreiben mochte, war die Erkenntnis, daß es sich dabei unter den gegebenen Marktverhältnissen um eine "end of the pipe" Technologie handelt. Mit einer solchen ist an der grundsätzlichen Weichenstellung, welche die Richtung des ganzen Systems mit zunehmender Dynamik bestimmt, nicht zu rütteln. Sie ist, obwohl einige Symptome in winzigem Umfang abgemildert werden konnten, eine Donquichotterie. Solange zwischen den verschiedenen Verpackungsherstellern keine Einigkeit über den Einsatz einer begrenzten Anzahl von Verpackungstoffen und -arten herbeigeführt wird und stattdessen ein willkürlicher und völlig unbekümmerter Konkurrenzkampf zwischen den Betrieben der Plastikindustrie, der Metallindustrie, der Zellstoffindustrie und der Glasindustrie herrscht, ist ein Verpackungsanarchismus die Folge. Diesem ist mit keinem Wiederverwertungssystem beizukommen. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, ich bin nicht gegen eine sachgemäße Anzahl von Verpackungsarten, die auch im Einzelfall je nach Erfahrung variiert werden können. Aber was heute geschieht, hat mit vernünftiger Planung nicht mehr das geringste zu tun. Wegen Pfennigbeträgen auf dem Endprodukt spielen die Lebensmittelhersteller die Glas-, Karton-, Zinkblech(Dose)- und Plastikverpackung gegeneinander aus. Ein und dasselbe Produkt wird wegen kurzfristigen Preisvorteilen in unterschiedlichen Stoffen verpackt. Für den Konsumenten, der am Ende ja auch die Müllgebühren und die Umweltkosten zu tragen hat, machen diese Preisspielchen nicht den geringsten Sinn. Ihm wäre einzig damit gedient, wenn sich die Hersteller auf Mehrwegsysteme und eine begrenzte Anzahl von stofflich gut wiederverwertbaren Verpackungsarten einigen und auf der Grundlage einer solchen Einigung den ganzen Terror begrenzen. Der Gipfel des Widersinns wird auf dem Sektor der Plastikverpackung erreicht.

Hier gibt es eine Unzahl verschiedener Plastikhersteller, die zum Teil chlorhaltige Ausgangsstoffe für die Plastikherstellung zu Schleuderpreisen von der Chlorchemie zur Verfügung gestellt bekommen. Dort fällt das Chlor als Abfallprodukt bei der Natriumgewinnung an. Jahr Millionen hat die Natur das ätzende Chlor in der Natriumchloridverbindung (Kochsalz) gebändigt, die sich mit den Mitteln der Natur kaum spalten läßt. Durch elektroche-

mische Spaltung begannen die Chemiebetriebe am Ende des letzten Jahrhunderts das "Salz der Erde" aufzubrechen, um die Natronlauge als Ausgangsstoff für die Aluminium-, Papier-, Textil-, und Seifenproduktion zu gewinnen. Das übrig bleibende Chlor mußte irgendwie weggeschafft werden. Dazu dienten Plastikstoffe und Kühlmittel, durch die sich der ätzende Partner des taub gewordenen Salzes bequem, unbemerkt und noch dazu gewinnbringend unter das Volk verteilen ließ. Erst seit etwa zehn Jahren bemerken wir, was das chlorreiche Gift, das sich in dieser Art nicht dauerhaft binden läßt, für uns und die Erde bedeutet.

Hier wird das Prinzip der Konkurrenzwirtschaft deutlich: in ungeheurem Ausmaß werden die Folgekosten der Produktion auf die Allgemeinheit abgewälzt. Dies geschieht aber nicht nur bei der Stoffverwertung mit ökologischen Folgen, sondern auch bei der Verwertung der Arbeitskraft mit sozialen Folgen. Auf der sozialen Seite war ein ganz ähnlicher Konkurrenzvorgang im Handel ursächlich bei der Entstehung der Verpackungsflut. Der Einzelhandel erlebte einen der größten kapitalmäßig gesteuerten Konzentrationsprozesse, die sich in der Wirtschaft abgespielt haben. Für den Handel nämlich ist im Verdrängungskampf der Zwang am größten, die Umsätze zu steigern, um die Preisaufschläge auf dem einzelnen Produkt klein halten zu können und trotzdem noch Gewinn zu machen. Dieser Zwang hat dazu geführt, daß sich schon in der Mitte der 50iger Jahre mit rasender Geschwindigkeit die Tendenz zu immer größeren Verkaufsflächen mit möglichst wenig Personal durchzusetzen begann. Große Umsätze mit wenig Personal lassen sich am besten mit Wegwerfverpackungen bewerkstelligen. Vom Handel ging ein starker Druck auf die Hersteller aus, solche Verpackungen anzubieten. Aldi ist der brutale Spitzenreiter dieses Systems geworden. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit, die in diesem Prozeß auch eine ihrer Ursachen hat, entsteht eine doppelt negative soziale Rückkopplung: Die Arbeitslosen haben weniger Geld und wollen deshalb billige Lebensmittel, die Handelskette, die am rigorosesten soziale und ökologische Folgekosten abwälzt und deshalb am billigsten anbieten kann, setzt sich bei dieser wachsenden Käuferschicht am besten durch und macht in den Milliarden Dimensionen, in denen heute Lebensmittel umgesetzt werden, immer noch genug Gewinn, um Konkurrenten, die auf der Strecke bleiben, aufzukaufen, zurechtzuschumpfen und ihrem Prinzip gemäß im Markt zu plazieren.

Der grüne Punkt

Nun merken irgendwann die Kommunen, daß die Mülldeponien begrenzt sind, daß die Müllverbrennung immer schwerer durchsetzbar wird und daß es so nicht weitergehen kann. Sie machen Gesetze, um den Schaden begrenzen zu können und der Entwicklung neue Rahmenbedingungen zu verpassen. Da wir eine freie Wirtschaft haben, sind sofort irgendwelche Leute zur Stelle, die etwas zur Verwirklichung dieser Gesetze unternehmen wollen. Die politischen und bürokratischen Verwalter des öffentlichen Wohls voll Vertrauen in diese freien und zum Teil auch freigiebigen Unternehmer lassen sich von diesen sachkundigen und praxiserprobten Leuten gerne Konzepte unterbreiten, in denen gezeigt wird, wie das Müllproblem zu bändigen ist. Überzeugt von der

regelnden Kraft des Konkurrenzkampfes, und mit verantwortungsschwerem Blick auf ihre begrenzten Haushaltsmittel, geben sie in der Regel dem Konzept den Zuschlag, das Ökonomie und Ökologie am besten zu vereinen scheint. Endlich einmal eine gelungene Konstellation, so könnte man denken. In der Tat hat diese Konstellation zu folgendem geführt:

Im lobbyistischen Wettbewerb um das beste Recyclingkonzept sind in den siebziger Jahren und im Beginn der achtziger ziemlich regelmäßig die Unternehmen auf der Strecke geblieben, die Wiederverwertung und im weiteren Sinne sogar Abfallvermeidung schon seit Jahrzehnten zu ihrem Beruf gemacht hatten. Dies waren die klassischen kleinen mittelständischen Altstoffhändler, die sich zum Teil zu ganz stattlichen Betrieben herausgebildet hatten, die für die möglichst gut sortierten altbekanntesten Sekundärrohstoffe Glas, Papier, Kleider und Metall Straßensammlungen und Containerdienste anboten. Ende der siebziger hatten sie bei den Sekundärrohstoffen gerade einmal wieder drastische Preiseinbrüche erlebt, so daß sie nicht gerade in der Stimmung für größere Investitionen waren. Abgesehen davon ließ sich auch nicht erkennen, wie der Hausmüll, d.h. alle möglichen Verpackungen, mit Essensresten und Dreck durchsetzt, zu Sekundärrohstoffen werden sollte. Der Markt wollte Qualität auch auf diesem Sektor - je sauberer, desto besser. Durchgesetzt haben sich die Unternehmen, die schon seit Jahren am steigenden Müllaufkommen bestens verdient haben, sich gar nicht vor dem Mischmasch in einer normalen Mülltonne ekelten und schon gute Kontakte zu den kommunalen Behörden hatten: die im Auftrag der Kommunen arbeitenden Müllspediteure, die die Mülleimer leeren und ihren Inhalt deponieren. Diese werden pro transportierter Tonnage bezahlt. Ein ökonomisches Verhältnis, das sie ihrem neuen Wiederverwertungskonzept als ökonomische Basis zugrundelegten, - je mehr Tonnagen, desto blühender das Geschäft. Ihr Konzept sah vor, aus der ganzen Verpackungsflut die wiederverwertbaren Bestandteile "herauszuklauben" und dadurch die Deponien zu entlasten. Der Haushalt sollte seinen Teil beitragen, indem er wenigstens einige Komponenten vorsortierte - z.B. Trockenmüll auf der einen und Naßmüll und Dreck auf der anderen Seite. Dazu brauchte der Haushalt natürlich eine zweite, manchmal sogar eine dritte Tonne. Dies kam den eng mit den Müllspediteuren verbundenen Tonnenherstellern sehr zu Passe. Der Bedarf an Mülltonnen schien sich gerade seinem Ende entgegenzuneigen, als plötzlich die Aussicht entstand, die Republik noch einmal "vertonnen" zu können. Da hinter den Tonnenherstellern die Plastikindustrie steht, schloß sich auf wunderbare Weise der Kreis - nicht der Stoffe, die Wiederverwertungsraten blieben ziemlich gering und die Marktfähigkeit des aussortierten Materials war streckenweise gleich null (es wurden zeitweise ganze Schiffsladungen von mit großem Aufwand aussortiertem Papier in ferne Länder geschickt, um den dortigen Müllverbrennungsanlagen zu einem besseren Wirkungsgrad zu verhelfen), sondern ein Kreis von Betrieben, die alle das gleiche Interesse hatten - mehr Müll, mehr Tonnen, mehr Plastik. Auf dieser Basis konnten wir für etwa 10 Jahre weitermachen wie bisher, allerdings auf einem höheren Niveau. Anfang der neunziger Jahre wurde nun wieder einmal deutlich, daß es so nicht wei-

tergehen kann, und es gab auch einige wirklich mutige Gesetzesanläufe wie die Rücknahmepflicht beim Handel, die aber dann doch etwas kraß erschien und deshalb in die Untiefen bürokratischer Schubladen versenkt wurde. An der Stelle durchgreifender Gesetze machten sich nun wirkliche Spitzenleute der Wirtschaft ans Werk und produzierten, zum Teil mit internationalen Verbindungen, Nägel mit Köpfen. Sie prüften nämlich jede einzelne Verpackung auf ihre Recyclingfähigkeit und verpaßten ihr danach einen grünen Punkt, durch den jeder erkennen kann, daß diese Verpackung recyclingfähig ist. Zudem versprachen sie dreierlei: ein absolut flächendeckendes Erfassungswesen für jede grünepunktete leergewordene Hülle, ganz neuartige Verwertungstechnologien und die finanzielle Entlastung der Kommunen. Die Entsorgungskosten sind seit diesen Versprechen vorsorglich schon vor der Entsorgung in die Preise einkalkuliert. Je mehr grüne Punkte anfallen, desto größere Geldmassen sammeln sich also für die Endlösung der Entsorgung. Zudem versahen sie die alte Beseitigungstechnologie der Müllverbrennung mit dem wohlklingenden Namen "thermisches Recycling". Bevor ich nun meine bescheidene Weisheit zur Eindämmung der Verpackungsflut zum besten gebe, möchte ich die zugegebenermaßen tendenziöse Phänomenologie des Verpackungswesens mit einer kleinen dpa-Pressemeldung abschließen, die am 1. 11. 92 in der Berliner Morgenpost zu finden war:

"Bayern: Abfälle mit grünem Punkt verbrannt"

In Bayern werden eingesammelte Kunststoffverpackungen mit dem grünen Punkt nach Darstellung des "Spiegel" gelagert und verbrannt, - statt wie gesetzlich vorgeschrieben - aufbereitet. Wie das Magazin schreibt, lagern in den Donauhäfen Regensburg und Deggendorf rund 420 Tonnen Plastikabfälle. Die deutsch amerikanische Firma "Houston Recycling" habe zwar vertraglich eine Verwertung der Kunststoffabfälle in Ungarn zugesagt. Tatsächlich sei ein Großteil des Materials aber in den Donauhäfen abgelagert und nach Slowenien verschoben worden. Ein Sprecher des bayrischen Umweltministeriums in München bestätigte dem "Spiegel" nach dessen Angaben, daß die vom Gesetz vorgesehene "Verwertung" der Abfälle mit dem Grünen Punkt "nicht möglich" sei. Für die Deponierung oder Verbrennung muß nach Informationen des Magazins jetzt der Steuerzahler aufkommen. Die Kosten für die gesamte Entsorgung bezifferte das Blatt auf 2200 Mark pro Tonne."

Müllvermeidung

Was hat ein "Dreigliederer" Positives zum Müllproblem zu sagen? Dies läßt sich in drei Worten zusammenfassen: Vermeiden, Vermeiden, Vermeiden. Im Jahre 1989 schrieb die ökologische Hauptstadt Deutschlands, die Stadt Freiburg, einen Umweltpreis für ihre Bürger aus. Die Bürger sollten in ideenreichem Wettbewerb darum eifern, den besten Vorschlag für ökologische Verbesserungen zu machen und ihren Stadtvätern vorzulegen. Damals begegnete mir ein initiativwilliger Unternehmersohn aus Aalen, der sagte, da machen wir mit. Wir entwarfen das "Pilotprojekt zur Müllvermeidung" und reichten es der Jury ein. In der Tat bekamen wir nicht den letzten Preis, sondern den drittletzten, wie sich das für Dreigliederer gehört. Er war immerhin noch mit 150 Mark dotiert - angesichts einer Arbeit von 14 Tagen, die wir zu

zweit in die Projektbeschreibung gesteckt hatten eine Gelegenheit, um gut Essen zu gehen.

Spaß beiseite - unser Konzept meinte es wirklich ernst. Wir wollten für das Pilotprojekt ein Unternehmen gründen und 2000 Haushalte um uns sammeln, die wirklich willens waren, jede überflüssige Verpackung zu vermeiden. Es sollte ein "halbpersönliches" Verhältnis zwischen Haushalt und Entsorger hergestellt werden, das im Einzelfall, wenn etwas nicht klappt, in ein persönliches verwandelbar ist, in dem die Probleme dann von Mensch zu Mensch gelöst werden können. Es würde zu weit führen das ausgetüftelte Sortier- und Beratungssystem hier im Einzelnen darzustellen. Wichtig ist hingegen die Art der Kostendeckung darzustellen, da an der Kostendeckung immer abgelesen werden kann, ob Folgekosten abgewälzt werden oder nicht. Das Unternehmen sollte die Gesamtentsorgung der 2000 angeschlossenen Haushalte übernehmen, die dazu von der städtischen Entsorgung abgekoppelt werden sollten. Jeder Haushalt zahlt eine jährliche Entsorgungspauschale von 100 Mark und erhält dafür als erstes eine intensive schriftliche und bei Rückfragen persönliche Beratung zur Installation seines Müllvermeidungs- und Sortiersystems. (Die Stadt Freiburg hat derzeit für ca 160000 Einwohner 1 Müll-, Pardon, 1 Umwelttelefon mit 2 Beratern.) Der Betrieb seinerseits hat das Interesse, das Arbeitsaufkommen für die Entsorgung möglichst klein zu halten. Damals waren gut sortierte Sekundärrohstoffe Papier, Glas, Metall usw. übrigens noch etwas wert. Die Kostenstruktur des Betriebes inklusive der Einkommensbildung der Mitglieder sollte offengelegt werden. Überschüsse hätten gegebenenfalls an die Haushalte rückvergütet werden können. Wir wollten einmal zeigen, was auf dem Gebiet der Müllvermeidung wirklich machbar ist und nach einem Jahr Vergleichszahlen gegenüber der vollkommen anonymen Entsorgung liefern. Es wären also nur Haushalte in Frage gekommen, die wirklich vermeiden wollen. Es sollte eine kleine aber vervielfältigbare Struktur geschaffen werden, in der alle Anreize auf Vermeidung eingestellt waren - ein Pilotprojekt eben. Leider versandete es nach mehreren vergeblichen Anläufen buchstäblich in den Verwaltungsstuben von Umweltberatern und Umweltdezernenten, die Zuständigkeiten abklären und bestehende Verträge beachten mußten, die Sitzungen abwarten und technische Einzelheiten prüfen wollten usw. usw.

Nach dem Ausflug in die etwas rauhe wirtschaftliche Wirklichkeit komme ich im dritten und letzten Teil zurück zum grundsätzlichen Problem einer sozialökonomischen Struktur, in welcher der einzelne Betrieb und das einzelne Unternehmen einem Verdrängungskampf unterworfen sind. Vom Gesichtspunkt der Dreigliederung aus stellt sich hier das Problem der Vermischung von Recht und Ware, von Einkommen und Arbeit, von Fähigkeit und Bedürftigkeit als Kernpunkt der ökologischen Frage

(Den letzten Teil des Referats von Heidjer Reetz bringen wir im nächsten Rundbrief.)

Europa

Stichwort "Subsidiaritätsprinzip"

Udo Herrmannstorfer

(Aus Rundbrief „Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 4/1992)

In der Debatte um die europäische Integration taucht neuerdings verstärkt ein Stichwort auf, das bereits wieder zum Schlagwort zu werden droht, - das der "Subsidiarität". Im Vertrag von Maastricht und in der Erklärung des EG-Gipfels von Birmingham bekennen sich die Regierungen zu diesem Prinzip. Was verbirgt sich dahinter? - Bei den folgenden Ausführungen von Udo Herrmannstorfer zu dieser Frage handelt es sich um einen Beitrag, der auf einem Treffen des "Arbeitskreises Ökonomie" im April in Stuttgart gehalten und von der Redaktion geringfügig überarbeitet wurde.

Individualität und Staat

Wenn wir über den Staat sprechen, dann kommen wir auf ein Vergangenheitsprinzip. Wir haben ja in der Vergangenheit alle möglichen einheitlichen sozialen Gebilde, Reiche usw. Aus diesen Gebilden wird dann irgendwann Staat, sie werden säkularisiert. Das Staatsproblem entsteht immer als Gemeinschaftsproblem, als Gruppierungsproblem. Und wir haben ja dann die Situation, das inmitten dieser einheitlich-ganzheitlichen Gebilde ein völlig neues Prinzip auftaucht: die Mündigkeit. Und diese Mündigkeit ist ein Prinzip, das in gewisser Weise die alte Staatsform durchbricht.

Denn jetzt kommt ein Verhältnis auf, das sich natürlich langsam vorbereitet hat, das Konfliktverhältnis zwischen Individualität und Staat. Zunächst sehen wir, wie die Formen herüberwachsen aus der Vergangenheit. Man wandert eigentlich wie automatisch in die neuen Formen hinein. Wir versuchen unter neuen Gesichtspunkten das alte Staatswesen auszufüllen.

Heute wird im Staat um die Schalthebel der Macht gekämpft. Man hat den Staat als einheitliches Gebilde belassen, mit gewaltigen Hebeln, die man bewegen kann. Man braucht heute die demokratische Legitimation, um an diese Hebel heranzukommen. Aber wenn man dran ist, darf man sie auch bedienen. Und weil das Wohl und Wehe aller in so hohem Maß davon abhängt, darum ist ja auch der Kampf um diese Schalthebel so erbittert. Wir haben den Zugang zur Macht demokratisiert, aber die Macht nicht beseitigt. So betrachtet, ist eben die alte Sozialform gespensterhaft immer noch da.

Damit taucht jedoch im säkularisierten Staat noch ein anderes Problem auf: Wohin mit der Weltanschauung und Religion? In früheren Zeiten haben sie die Sozialformen wesentlich mitgestaltet und durchdrungen.

Nun werden sie zur Privatangelegenheit erklärt und alle sozialen Einrichtungen werden von ihnen "befreit". Dadurch kommt es nun vor allem zum Kampf um das Bildungs- und Erziehungswesen. Man glaubt, im Staat einen neutralen Boden der Erziehung zu haben, denn ein Staat kann - oder darf jedenfalls - nicht parteiisch sein, ein Staat kann keine Weltanschauung haben. Das stimmt ja auch in gewisser Weise, wenn man strukturpoli-

tisch die richtigen Konsequenzen daraus zieht. Doch läuft diese weltanschauliche Neutralität dann letztlich darauf hinaus, daß der Agnostizismus - und der ist schließlich auch eine Weltanschauung - verbindlich gemacht wird. Darunter leiden wir heute.

Die Tendenz, alles nach rein agnostischen, staatlich-irdisch orientierten Gesichtspunkten zu ordnen, hat auf der einen Seite den Kampf um die Lehrbücher gebracht, den Kampf um das Erziehungswesen. Bereits Napoleon hat ja stark darauf hingewirkt, das allgemeine Schulwesen von Anfang an auszurichten

an Staatszielen. Auf der anderen Seite finden wir dagegen die verschiedensten Gegenbewegungen. Die regen sich vor allem dort, wo die alten Weltanschauungen leben, und das ist in der katholischen Kirche der Fall. Die katholische Kirche hat ganz besonders stark darunter gelitten, daß der säkularisierte Staat die kirchliche Weltanschauung verdrängte und selber die Macht in die Hand bekommen wollte. So entstand dann sehr früh innerhalb der katholischen Kirche der Widerstand, der eine Alternative zum säkularen Staat suchte. Als eine Art Schutzmechanismus gegenüber dem Staat wurde das Prinzip der Subsidiarität propagiert.

"Subsidiarität" und katholische Soziallehre

Der Promoter der Idee der Subsidiarität in ihrer Anwendung auf das soziale Leben ist die neuere katholische Soziallehre. Diese wurde durch die päpstliche Sozialenzyklika "Rerum novarum" (1891) vorangebracht. Besonders herausgestellt wurde das Prinzip dann mit einer Enzyklika von 1931, die im Rückblick auf 40 Jahre "Rerum novarum" "Quadragesimos annos" heißt. Darin wird das Subsidiaritätsprinzip zum entscheidenden Grundsatz der katholischen Soziallehre erklärt. 1991, 100 Jahre nach "Rerum novarum", wird das Prinzip in einer neuen Sozialenzyklika von Johannes Paul II. erneut bekräftigt.

Dieses Subsidiaritätsprinzip ist eine Art Antwort auf den säkularen Staat, der von oben her erzwingen möchte, wie Menschen denken, wie Menschen im ganzen Leben drinstehen. Diese Antwort stellt nicht den Staat in den Mittelpunkt - der z.B. als preußisch-deutscher Obrigkeitsstaat dem Bürger seine Rechte gewissermaßen auf dem Wege eines Gnadenakts von oben gewährte. Sie geht vielmehr von der Basis aus, dem einzelnen und vor allem der kleinsten Sozialeinheit, der Primärgruppe Familie als der sozialen Urzelle. Und sie faßt dann Sekundärgruppen ins Auge, Gemeinden, kirchliche Zusammenhänge, Verbände, die aus dem Leben heraus gemeinschaftsbildend wirken. Diese bilden eine aufsteigende Gliederkette zwischen der sozialen Keimzelle und dem Staat als der obersten Instanz. Gruppenfreiheiten werden nicht von Staats wegen gewährt, sondern das Ganze bildet sich mehr von unten nach oben. Und so wird denn auch das Prinzip der Subsidiarität so formuliert, daß gesagt wird: Was die kleinere Gruppe für sich leisten kann, das darf durch die größere nicht geregelt werden.

Für die Erziehung ist also z.B. erst einmal die Familie zuständig, nicht irgendein größerer Verband. Und was dieser leisten kann, geht wiederum zunächst den Staat nichts an. Für den Staat bleibt eigentlich nur das, was durch die einzelnen Gruppen nicht geleistet werden kann. Und die jeweils übergeordnete Gruppe hat die

Aufgabe, die Ziele der unteren zu stützen, zu fördern, zu ermöglichen. Darum spricht man eben von "Subsidium", Hilfe, dem Prinzip der Unterstützung. (Das Subsidiaritätsprinzip innerhalb der katholischen Kirchenhierarchie dagegen wird im umgekehrten Sinne interpretiert: Das obere Organ überträgt alles, was es nicht regeln kann oder will, auf die unteren Organe.)

Das Subsidiaritätsprinzip ist vor allen Dingen ein Schutzprinzip für die kirchliche Weltanschauung, aus der heraus man eine Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens anstrebt. Die ganze Frage der Bekenntnisschulen hängt ja damit zusammen. Das Subsidiaritätsprinzip hat sich dann weiterentwickelt, und vor allem der große katholische Soziallehrer Nell-Breuning war ein großer Verfechter dieses Prinzips als Gestaltungsmittel für die Gesellschaft. Dem säkularen Staat antwortet die Kirche: Ihr seid ja gar nicht zuständig; Ihr maßt Euch nur an, alles bestimmen zu wollen. Nehmt Rücksicht auf die Urzelle des sozialen Lebens, aus der sich alles aufbaut.

Von der Subsidiarität zur Selbstverwaltung

Heute hat das Subsidiaritätsprinzip in vielen Bereichen Wirksamkeit erlangt, allerdings gerade in verkehrter Weise. Statt im Geistigen wird es im Wirtschaftlichen praktiziert: Nur wenn der einzelne sich nicht mehr helfen kann, tritt die Gemeinschaft in Aktion. Im geistigen Bereich hat sich das Prinzip viel weniger durchgesetzt. Daß der Staat nur da Schulen unterhält, wo einzelne Gruppen diese nicht errichten, ist ja keineswegs bereits eine Selbstverständlichkeit. Aber gewisse Elemente des Subsidiaritätsgedankens sind immerhin auch in diesem Bereich anwesend. Ganz neu ist, daß eine Debatte über das Prinzip in Zusammenhang mit Europa eingesetzt hat. Subsidiarität, Föderalismus und Regionalismus sind die Stichworte.

Nun, wenn man das Subsidiaritätsprinzip zu Ende denkt, dann läuft es eigentlich auf eine völlige Umwälzung des alten Staatsprinzips hinaus. An die Stelle der von oben nach unten wirkenden alten Staatskultur tritt der Aufbau von unten nach oben. Im Grunde gibt es dabei zwei Aspekte: Einmal ist es das Organisationsprinzip von unten nach oben, dann aber auch die Vorstellung, daß die kleine Gruppe von sich aus Ziele setzt. Subsidiarität im Kulturleben würde letztlich bedeuten, daß es ganz allein auf die Autonomie des einzelnen ankommt und daß der Staat nicht bestimmen darf, sondern zu fördern und zu ermöglichen hat, was der einzelne oder die kleine Gruppe will.

Nun bleibt allerdings die katholische Soziallehre, indem sie nicht auf den einzelnen, sondern auf die Gruppe abhebt, hinter ihrem eigenen Prinzip zurück, aus Gründen, die hier nicht weiter erörtert werden müssen. In der Gruppe lebt eben noch nicht das Individuum, sondern da lebt etwas, was anderen Kräften zugänglich ist. Im Grunde müssen wir sagen: Wenn man das Subsidiaritätsprinzip weiterentwickelt, es ein Stück weiter auf den Boden bringt, es auf die Autonomie des einzelnen bezieht und nicht auf das, was Menschen in tieferen Schichten zusammenhält - dann verwandelt es sich und wird eigentlich zum Organisationsprinzip des Geisteslebens. Hier gilt: Die übergeordnete Instanz hat eigentlich nur die Aufgabe, das zu fördern und zu schützen, was aus Autonomie der einzelnen werden will, was sich weniger aus vorgegebenen Gruppierungen als aus neuen

benen Gruppierungen als aus neuen Gemeinschaften bilden will, in denen sich die einzelnen frei zusammenfinden.

So ist das zur Selbstverwaltung erweiterte Subsidiaritätsprinzip das neue Gemeinschaftsprinzip im Geistesleben. Bei der alten Subsidiarität werden die bestehenden Gemeinschaftsformen vorausgesetzt, in der Selbstverwaltung wird dem einzelnen das Recht zugestanden, neue Gemeinschaften zu bilden. Es hat durchaus zu tun mit der Weltanschauung, aber primär eben mit der weltanschaulichen Standortbestimmung des einzelnen. Das Menschenbild der katholischen Kirche beinhaltet zwar auch Aussagen über die Autonomie des einzelnen. Aber konsequent ernst genommen wird dieses Prinzip denn doch nicht, wie man z.B. an der Debatte über den § 218 sehen kann. Johannes Paul der II. stellt sich in seiner Sozialzyklika auf den Boden der Freiheit. Aber er wendet das so, daß er sagt: Freiheit gibt es nicht ohne Wahrheit. Und was Wahrheit ist, kann der einzelne nicht sagen, das weiß die Kirche.

Basisdemokratie und Selbstverwaltung

Die Konstitution der Gemeinschaft von unten nach oben im Geistesleben steht im Gegensatz zur Staatszuständigkeit in diesem Bereich. Nun gibt es aber noch ein zweites Prinzip, welches sich heute entfaltet, das auch von unten nach oben gedacht ist. Das ist das Prinzip der direkten Demokratie oder Basisdemokratie. Damit ist ja gemeint, daß der heutige demokratische Staat von der Basis entfremdet und insofern gar keine reale Demokratie ist. Dieses basisdemokratische Prinzip hebt nun nicht auf den einzelnen ab, sondern auf dasjenige, was durch Mehrheitsbeschluß aller entsteht. Das Credo der Selbstverwaltung im Geistesleben ist etwas ganz anderes: Hier darf nicht durch Mehrheiten bestimmt werden, was dem einzelnen frommt. Beim basisdemokratischen Prinzip konstituiert sich Gemeinschaft ebenfalls von unten nach oben, hier ist es aber eben nicht das Individuelle, die Autonomie des einzelnen, sondern da ist es im Grunde die Ganzheit, die Mehrheit, die gilt.

Wir haben also ein zweites Element jenes "Von-unten-nach-oben", welches konstitutiv ist für eine moderne Gesellschaftsform. Es ist dies ein Prinzip, das eine Art Mittlerrolle einnimmt zwischen dem Kulturellen und dem Wirtschaftlichen. Auch dieses "Von-unten-nach-oben" läßt sich in gewisser Weise durchaus organhaft mit dem Subsidiaritätsprinzip verbinden. Hier gilt nämlich sinngemäß, daß nicht Mehrheiten auf übergeordneter Ebene rechtlich regeln dürfen, was durchaus von Mehrheiten auf unterer Ebene geregelt werden kann: Das Land muß nicht regeln, was in der Gemeinde geregelt werden kann, der Bund muß nicht regeln, was im Land geregelt werden kann usw. Auch hier haben wir es in der Realität noch vielfach mit einem alten Verständnis des Staates "von-oben-nach-unten" zu tun.

Es gibt eigentlich nur einen einzigen Staat, der seine Gründung einem solchen "Von-unten-nach-oben" verdankt, das ist die Schweiz. Die Schweiz ist nicht ein Staat wie alle anderen. Es gab nicht "die" Schweiz, die sagte: Wir sind ein föderaler Staat. Das wurde nur 1848 eingeschoben. Sondern die Schweiz ist auch trotz der Bundesverfassung von 1848 ein Staat, der entstanden ist, weil sich Basisgruppen zusammengefunden haben! Nach dem

Motto: Wir schützen uns, wir helfen uns gegenseitig. Und so ist die Schweiz nicht von jemandem entworfen worden, sondern sie ist eine Fortschreibung der Aufgaben, die sich jeweils neu der Gemeinschaft stellen. Da wird dann sinngemäß gesagt: Wenn neue Dinge kommen, ist das eine Frage der Gemeinde oder der Kantone oder des Bundes. Und der Bund darf nur die Aufgaben ergreifen, die ihm die unteren Instanzen zuweisen, bis heute.

In der BRD ist es eher umgekehrt: In der Regel wird dasjenige, was nicht ausdrücklich unteren Instanzen zugewiesen ist, von oben geregelt. Das ist eine wirkliche Besonderheit der Schweiz, die heute langsam verlorengeht und die man z.B. noch an den Empfindlichkeiten gegenüber der EG bemerkt. Ein Stück weit ist das noch präsent im politischen Alltag. Die Politiker oben wissen oft gar nicht mehr, was sie machen sollen, weil dauernd das Damoklesschwert der direkten Demokratie über ihnen hängt. So hat jeder Politiker zwei Meinungen, eine eigene, und eine, die der vermuteten Volksmeinung entspricht. Das führt zu ganz abstrusen Verhältnissen: Die oben beklagen die mangelnde Effizienz und die unten wachen argwöhnisch darüber, daß das Prinzip nicht ausgehöhlt wird, daß der Staat keine Instanz für sich sein darf. Aber von dem Prinzip könnte Europa durchaus etwas lernen.

Subsidiarität im Ökonomischen

Es gibt noch eine dritte Bewegungsrichtung von unten nach oben: im Wirtschaftlichen. Dieses Element ist allerdings heute weniger ausgebildet. Gerade auf diesen Bereich hat man bisher den Gedanken der Autonomie des einzelnen voll übertragen und diese Autonomie über alles gestellt. Alle eigentlichen sozialen Aufgaben sollen vom Staat wahrgenommen werden, der damit permanent in das Wirtschaftsleben hinüberdrückt. Nicht, daß der Staat nicht rechtliche Rahmenbedingungen für die Ökonomie, auch Grenzen, setzen sollte. Aber der Eingriff des Staates in das Wirtschaften selbst widerspricht dem Selbstverwaltungsprinzip. Auch hier will sich das Prinzip "Von-unten-nach-oben" heraufarbeiten. Nur daß dieses Prinzip nicht stehenbleiben kann bei der reinen Autonomie des einzelnen. Und zwar einfach deshalb nicht, weil im Wirtschaftsleben nicht das Einzelurteil maßgeblich ist, sondern weil hier von vornherein das Ganze präsent ist. In der Wirtschaft muß das Subsidiaritätsprinzip eine andere Farbe annehmen. Hier geht es nicht, daß einfach gesagt wird: Die einen machen es ihrer Anschauung entsprechend, die anderen nach ihrer. Denn im Wirtschaftsleben bilden die Menschen längst eine Einheit. Die dadurch notwendige Metamorphose der Selbstverwaltung nennen wir Assoziieren.

Auch das Assoziationsprinzip ist ein Prinzip, das von unten nach oben wirkt. Es finden sich die Tätigen zusammen, es wird nicht - wie in der Zentralverwaltungswirtschaft, oder auch in einem Konzern - von oben nach unten gearbeitet. Die am Prozeß Beteiligten - Produzenten, Handel, Konsumenten - finden sich zusammen.

Die notwendige Dynamisierung des Subsidiaritätsprinzips

Wir haben also im Grunde heute drei Prinzipien, die von unten nach oben wirken, die aber alle drei ihre eigene Qualität aufweisen. Im Geistesleben geht es um den

Schutz der Autonomie des einzelnen vor jeglicher Vormundschaft. Das basisdemokratische Element hat seinen Platz im Rechtsleben, da, wo es um allgemeinverbindlichen Regelungsbedarf geht. Hier kann zwar der einzelne alles mögliche einbringen, zum Schluß entscheidend ist, was die Gesamtheit befindet, ob sich der Mehrheitswille nun in Abstimmungen oder in Wahlen äußert. Und im assoziativen Wirtschaftsleben versucht der einzelne zu erkennen, was der Gesamtheit hilft.

Alle drei Prinzipien sind Prinzipien der **Selbstverwaltung**. Die Selbstverwaltung ist das moderne Sozialprinzip, sie ergibt sich als Folge der Autonomie des einzelnen. Aber die Selbstverwaltung nimmt im Grunde Metamorphosen an. Im Geistesleben gibt es die Selbstverwaltung im engeren Sinn, die "Selbstverwaltung in freier Trägerschaft". Im Rechtsleben ist das Selbstverwaltungsprinzip die "Basisdemokratie". Die Form der Selbstverwaltung im Wirtschaftsleben ist das Assoziieren. In diesen drei Prinzipien haben wir die drei Gemeinschaftsorientierungen, die heute an die Stelle des alten staatlichen Elementes treten wollen.

Diese neue Ordnung der Dinge muß sich erst herausbilden. Das was besteht, wird durch das, was entsteht, zurückgedrängt. Dann gibt es soviel Neues wie gewollt wird, und soviel Altes wie eben noch da ist. Es geht um eine Dynamisierung des Subsidiaritätsprinzips. Das alte Einheitsprinzip zerbricht vor unseren Augen, eine neue nichtzentralistische Einheit, die aus dem Zusammenwirken dreier Elemente erwächst, will neu entstehen. Wenn man das soziale Leben *überall* durchdemokratisieren will - das wollen leider auch viele unserer Freunde - verkennt man, was sich eigentlich heute herausarbeiten will. Die "Durchpolitisierung" des einzelnen führt letztlich zu seiner Elimination als einzelner. Nicht die Erfüllung, sondern das Ende des Individuums ist die Konsequenz.

Die größte Gefahr geht von der Mitte aus, gerade auch bei der sozialen Erneuerung. Diese Gefahr besteht darin, daß sich die Mitte aufbläht, statt zwischen Polaritäten zu vermitteln. Immer wieder finden wir das Motiv, aus der Mitte des sozialen Organismus heraus alles regeln zu wollen, gesteigert bis zu Omnipotenzphantasien gewisser Politiker. Wir müssen begreifen, wo der Regelungsbedarf durch die Gemeinschaft endet und die innere Gestaltung durch den einzelnen beginnt. Die meisten Gesetze müßten eigentlich eine Klausel enthalten, die festlegt: Dieses Gesetz gilt nur, falls die Betroffenen nichts anderes vereinbart haben. Die Mündigkeit des einzelnen bestätigt sich bekanntlich in der Vertragsfreiheit. Das öffentliche Recht muß nicht regeln, was besser privatrechtlich geregelt werden kann.

Europäische Integration Bemerkungen im Zusammenhang mit Udo Herrmannstorfers Buch: Die Zukunft wagen. Die Verantwortung der Schweiz für Europa

Christoph Strawe

Der 1. Januar 1993 ist der Stichtag für den EG-Binnenmarkt. Die Debatte über den weiteren Weg der Integration (Verwirklichung der im Vertrag von Maastricht vorgesehenen politischen Union) tritt 1993 in ein entscheidendes Stadium. In Dänemark wird im Frühjahr

ein neues Referendum stattfinden, die Engländer haben bis dahin die Ratifizierung herausgeschoben. Beim Ringen um die Gestalt Europas spielen Stichworte wie "Regionalismus" und "Subsidiarität" eine Rolle, wobei es nicht nur auf die Begriffe als solche ankommt, sondern vor allem darum geht, wer sie in welcher Weise mit seinen Inhalten "besetzt". Im Vorfeld dieser Entscheidungen stimmte am 6. Dezember die Schweizer Bevölkerung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab, über dessen Errichtung im Oktober 1992 Einigung zwischen der EG und den Ländern der sog. europäischen Freihandelszone (EFTA) erzielt worden war. Die Abstimmung, die eine Mehrheit gegen den Beitritt erbrachte, wurde mit gutem Grund als Vorentscheidung über die EG-Mitgliedschaft aufgefaßt.

Kaum eine Frage hat die Schweizer in der jüngeren Vergangenheit so bewegt wie diese. Auch innerhalb der Anthroposophischen Gesellschaft gab es so ziemlich alle Positionen: Von der Ablehnung einer Stellungnahme mit dem Argument, so etwas sei "Politik", über verschiedene Begründungsebenen einer offenen oder versteckten Zustimmung bis zur strikten Ablehnung.

Auf Bitten von Schweizer Freunden schaltete sich auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen U. Herrmannstorfer mit dem hier besprochenen Büchlein ein, dessen Erstauflage bereits nach 14 Tagen vergriffen war. Es enthielt die deutliche Empfehlung, mit Nein zu stimmen, unterstrich aber zugleich, ein Nein allein sei keine Lösung. Der Versuch, Urteilsgrundlagen und Perspektiven über ein Ja oder Nein hinaus zu erarbeiten, erhält durch das Abstimmungsergebnis eher noch zusätzliche Aktualität, thematisiert das Buch doch die Fragen der europäischen Entwicklung im Zusammenhang mit der Dreigliederung des sozialen Organismus in sehr grundsätzlicher Art: "Eine Antwort auf die Fragen, ob der Beitritt zum EWR ein richtiger Schritt in die Zukunft wäre, kann [...] nur finden, wer sich sowohl über die Ziele Europas als auch über diejenigen der Schweiz klar wird." (S. 9.) Nicht Nützlichkeit oder Schädlichkeit, sondern Richtigkeit oder Unrichtigkeit sind die Kriterien. Das richtige Ziel wäre auch dann anzustreben, wenn dabei Nachteile in Kauf genommen werden müßten, Vorteilhaftigkeit legitimiert andererseits nicht das sozial Falsche. Die Frage kann auch nicht lauten, ob ein Land wie die Schweiz für oder gegen Europa votiert, sondern allein wie es seine europäische Verantwortung am besten wahrnimmt. Die besondere Verantwortung der Schweiz liegt hierbei in der Tatsache begründet, daß sie von Anfang an eine Art "Nicht-Staat", ein sich von unten nach oben aufbauendes soziales Gebilde ist - und damit eine Tendenz verkörpert, die in der europäischen Entwicklung - die auf die Mündigkeit des einzelnen zielt - veranlagt ist: diese Entwicklung fordert die Überwindung des traditionellen nationalen Einheitsstaats. (Vgl. hierzu die Ausführungen im Artikel über das Subsidiaritätsprinzip in diesem Rundbrief).

Herrmannstorfer verweigert konsequent, sich auf das Spiel zwischen falschen Alternativen einzulassen und fragt zunächst nach den Kriterien einer zeitgemäßen europäischen Sozialordnung. Diese besteht aus folgenden Elementen: 1. Delegation des gesamten Bildungs- und Kulturlebens an die Verantwortlichkeit des einzelnen, vor allem "Durchlässigkeit der öffentlichen Strukturen für

Initiativen, um die herum sich das neue Gemeinschaftsleben entfaltet. Durch Mehrheiten verordnete Gemeinsamkeiten kann es auf diesem Felde nicht mehr geben." 2. Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne einer organhaft durchdrungenen Kooperations- bzw. Assoziationswirtschaft. 3. Inhaltliche Neutralität des Staates, der Staat bestimmt das Leben der Bürger nicht, sondern schützt und ermöglicht seine Entfaltungsformen und setzt Rahmenbedingungen und Grenzen, wo die Gleichheit dies erfordert. "Sein Instrument ist die demokratische Mehrheitsentscheidung, ob direkt oder repräsentativ. Weil im Mehrheitsentscheid die Einzelmeinung untergeht, muß mit Angelegenheiten, die ihm unterworfen werden, sparsam umgegangen werden." (S. 48f.)

Es kommt so gesehen auch darauf an, europäische Integration als ein Gefüge vielfältig-differenzierter Lebensbeziehungen zu sehen und sie weder auf die Staatsbeziehungen zu begrenzen, noch allein auf vermeintliche wirtschaftliche Sachzwänge abzustellen.

Ziele und Wirklichkeit der EG

Der nächste Schritt besteht darin, Ziele und Wirklichkeit der EG unter die Lupe zu nehmen, wobei vor allem die berühmten - durch den Binnenmarkt angestrebten "vier Grundfreiheiten" betrachtet werden: die Freiheit des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs, des Personenverkehrs und des Kapitalverkehrs:

- Das wirtschaftliche Fundament der EG (und des EWR) ist die Marktwirtschaft. Diese wird zwar durch Sozialpolitik ergänzt, verlangt jedoch "das freie ungehinderte Spiel von Angebot und Nachfrage unter Konkurrenzbedingungen. Es gibt keine andere wirtschaftliche Leitung als den Markt und seine Preise. Das wirksamste Motiv der Beteiligten ist der Egoismus, dessen Entfaltung man daher nicht behindern, sondern eher anregen muß. Die möglichst marktkonforme Korrektur von sozialen Fehlentwicklungen übernimmt inhaltlich und finanziell die Politik."

- Produkte (Waren, Dienstleistungen) und Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit und Kapital) werden gleich behandelt, es entsteht damit das Problem der "Scheinkmärkte" mit seinen chaotisierenden und antisozialen Wirkungen. Die EG und der EWR dienen nicht dem notwendigen Bemühen um ein neues Arbeits-, Boden- und Geldrecht.

Die "freie" Wanderung der Produktionsfaktoren - gesteuert durch den Angebot-Nachfrage-Mechanismus - führt unweigerlich zu sozialen Mißständen: z.B. Bildung von Ballungszentren einerseits (ein Gürtel von London bis Mailand), Entleerung ganzer Regionen andererseits. Die Konsequenz, solche Vorgänge durch Organe sozialen Bewußtseins zu steuern, wird aber nicht gezogen; so bleibt nur der nachträgliche korrigierende bürokratische Eingriff: Subventionen für die strukturschwachen Randzonen usw. Die Landwirtschaft wird zum großen Teil sowieso einstweilen aus dem freien Warenverkehr ausgegrenzt.

- Die Zauberformel der EG heißt quantitatives Wachstum. Vom größeren Markt wird die Überwindung der Arbeitslosigkeit und anderer Probleme erhofft. Gesichert ist jedoch nur, daß die Probleme quantitativ ebenfalls mitwachsen werden.

- Die EG dient der Zementierung der bestehenden Wirtschaftsordnung, sie hat kein Interesse an der Entwicklung neuer wirtschaftlicher Strukturen. Auf diese Weise läßt sich jedoch keine tätige Mitverantwortung der Menschen für ihre Arbeits- und Lebensbedingungen in der jeweiligen Region erreichen, bei sozialen Problemen bleibt nur der Appell an den Staat, - die Politiker werden dadurch noch "unentbehrlicher", die Bürokratie noch mächtiger werden.

- Die EG geht vom Primat der Wirtschaft aus, sie entwickelt daher notwendig die Tendenz der Anpassung kultureller und rechtlicher Gegebenheiten an die sich entwickelnden (markt)wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Dabei müßte es sich darum handeln, die Wirtschaft den Menschen und ihrer menschlichen Entwicklung dienstbar zu machen.

- "Diese Verdrehung der Gegenwartsaufgabe Europas macht sichtbar", daß EWR und EG "trotz des Wortgebrauchs dem europäischen Anliegen in keinsten Weise gerecht werden. EWR und EG sind im tiefsten Sinne uneuropäisch!" Zumal auch die Mitgestaltungsmöglichkeiten besonders für kleine Länder in den europäischen Institutionen nicht überschätzt werden dürfen.

Wie kann sich wahrhaft europäische Identität bilden? Wenn man dies alles einbezieht, so wird man in dem neuerdings verstärkt von den Regierenden benutzten Wort vom "Europa der Regionen" noch nicht den Ausweis des Umdenkens sehen dürfen: "Solange man sich bei der Definition der Regionen nur in alten politischen Strukturen bewegt, wird sich keine wirkliche Veränderung und Verbesserung ergeben." (S. 71.) Anders gesagt: Solange Regionalismus nur bedeutet, daß sich Landesfürstentümer nicht von Brüsseler "Reichsinstanzen" alles vorschreiben lassen, ist der Begriff der Region sicher noch

tik wird die Abgrenzung nach außen eingeleitet, die nach und nach einer Innenraumbildung mit einer koordinierten Innenpolitik führen muß. Und die Währungsunion besteht ja nicht aus der Einführung gemeinsamer Geldscheine, sondern verlangt in Wahrheit die vollständige Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im gesamten Einzugsbereich." (S. 73.) "Mehrheitsparlamentarismus und Marktwirtschaft werden die Zukunft von EG und EWR bestimmen. Die beiden Grundforderungen Europas, Raum für individuelle Freiheit und selbstverwaltete Initiativen im geistig-kulturellen Leben und die Ausbildung zur Entwicklung assoziativer Zusammenarbeitsformen, werden nicht aufgegriffen, ja sogar systematisch ausgeschlossen." (S. 74.)

Selbstverständlich werden die Handlungsansätze in Ländern wie der BRD anders sein müssen als in der Schweiz: hier geht es um eine eigenständige europäische Rolle, dort ist man in die Entwicklung bereits soweit eingebunden, daß es sich mehr um permanente Schadensbegrenzung handelt, den Kampf um jeden Quadratmeter Raum für Initiativefreiheit.

In der Schweiz wurde vor dem Referendum argumentiert, der EWR-Beitritt gefährde die Schweizerische Neutralität, die direkte Demokratie und den Föderalismus. Herrmannstorfer zeigt, wie heute diese drei Motive umgeformt werden müssen, damit die Schweiz ihrer Verantwortung für Europa gerecht werden kann: Die äußere Neutralität des Staates muß durch die innere ergänzt werden, das Recht der Mitgestaltung (direkte Demokratie) muß ergänzt werden durch das Recht auf Initiative, d.h. auf verantwortliche Gestaltung aller Fragen, deren Regelung durch Mehrheiten und für Mehrheiten heute keinen Sinn mehr macht. Und der Föderalismus ist weiterzuentwickeln zu einer regionalen wirtschaftlichen Selbstverwaltung durch Assoziationen.

Berichte und Notizen

nicht in der richtigen Weise mit Leben erfüllt. Vielmehr "würde eine Region nur einen zukunftsweisenden Sinn erhalten, wenn sie als wirtschaftliches Selbstverwaltungsgebilde ausgestaltet wird". (S. 71f.) Hierbei dürften die bisherigen Ländergrenzen keine Rolle spielen. Und wenn heute - nicht zuletzt als Folge des französischen und dänischen Referendums - für die Periode nach der Ratifizierung von Maastricht eine Demokratisierung versprochen wird, insbesondere die Aufwertung des Straßburger Parlaments, so muß man eben sagen: Die Initiatoren der EG-Entwicklung haben bewußt Zentralismus und Bürokratie in Kauf genommen und die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung weitgehend ausgeschlossen. Man will die "Vereinigten Staaten von Europa" erst unter Dach und Fach bringen! "Währungsunion und gemeinsame Außenpolitik sind die beiden Eckpfeiler der politischen Union Europas. Mit der gemeinsamen Außenpoli-

"Europa hat gegenwärtig seinen Sozialimpuls vergessen. Die Schweiz, die den Staatsgedanken am wenigsten ausgeprägt hat und daher am längsten ohne Veränderung auskommen würde, könnte ihn am leichtesten aufgreifen - als ihren heutigen freien Beitrag zur Entwicklung Europas." (S. 90.)

R. Steiner bemerkte einmal, das wahre Römertum sei keineswegs identisch mit dem offiziellen Rom, habe viel mehr zu tun mit demjenigen, was sich in der Auseinandersetzung mit jenen römischen Machtimpulsen bildet. Sollte Europa - das in seinen Institutionen am offiziellen Rom anknüpft ("römische" Verträge) - nicht seine Identität gerade in der Auseinandersetzung mit den Gefahren erringen müssen, die dem institutionalisierten Europa innewohnen? - Diese Frage ergibt sich organisch aus der Argumentation des Buches.

Udo Herrmannstorfer: *Die Zukunft wagen. Die Verantwortung der Schweiz für Europa. 94 Seiten. Herausgegeben vom Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltungs-Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) zum Erbbaurecht*

(cs) Das Erbbaurecht - Geeignetes Instrument kommunaler Boden- und Baupolitik? Zu diesem Thema fand am 12. November 1992 in Berlin eine Fachtagung des DIFU statt, an der vor allem Städtevertreter aus den neuen Bundesländern teilnahmen (meist Mitarbeiter von Liegenschaftsämtern). Zur juristischen Problematik des Erbbaurechts referierte Notar von Oefele aus München, zu bodenpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten sprachen F. Andres und E. Behrens vom Seminar für freiheitliche Ordnung in Boll, über dessen Initiativen zum Erbbaurecht wir im Dreigliederungs-Rundbrief wiederholt berichtet haben. H.J. Lück vom Amt für Liegenschaften Wolfsburg referierte über praktische Erfahrungen mit dem Instrument des Erbbaurechts. Das Gespräch machte die vielfältigen Blockaden einer sinnvollen Bodenpolitik gerade in den neuen Bundesländern überaus deutlich, brachte aber immerhin den Teilnehmern wohl einige Sicherheit in bezug auf ein noch nicht überall bekanntes rechtliches Instrument. Eine von vielen Teilnehmern als wenig qualifiziert empfundene Attacke gegen das Erbbaurecht ritt Min.Rat W. Kleiber vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dem offensichtlich die ganze Richtung nicht sonderlich paßte.

Der Vorschlag, das Thema "Erbbaurecht" in einer Fachtagung zu behandeln, war aus dem Gesprächszusammenhang eines Arbeitskreises zum Bodenrecht im Rahmen der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" an das DIFU herangetragen worden. Teilnehmer der Tagung waren aus diesem Gesprächskreis u.a. auch C. Strawe, P. Conradi und J. von Heynitz.

Das Deutsche Institut für Urbanistik wurde 1973 vom Deutschen Städtetag gegründet. Ziel der Gründung war es, den Kommunalverwaltungen durch wissenschaftlich fundierte Beratung die Lösung aktueller Probleme zu erleichtern und darüberhinaus längerfristige Perspektiven der städtischen Entwicklung aufzuzeigen. Als Gemeinschaftseinrichtung von derzeit 142 Zuwerderstädten (Stand 8/92) bietet das DIFU den Städten ein breites Spektrum von Dienstleistungen. Rechtsträger des Instituts ist der Verein für Kommunalwissenschaften e.V., dessen Mitglieder Vertreter des deutschen Städtetags, der Städte und des Senats von Berlin, dem Sitzland des Instituts, sind.

Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, D-W-1000 Berlin 12.

Aufruf zur Gründung einer "Deutsch-Deutschen" Gesellschaft

Otto Ulrich

Zum 2. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1992 wurde der folgende Aufruf veröffentlicht:

Die Zeiten, als in Deutschland noch "deutsch-deutsch" und "gesamtdeutsch" gedacht werden mußte, sind vorbei, jedoch von der Wiedervereinigung Deutschlands geht keine Faszination aus:

67 Prozent der Westdeutschen und 76 Prozent der Ostdeutschen sind über die gegenwärtigen Verhältnisse

ung, Brosiweg 8, CH-4143 Dornach. Das Buch ist über das Institut, in der Schweiz auch über den Buchhandel, zu beziehen (Preis sfr 16,- plus Porto).

in Deutschland beunruhigt; nur 28 Prozent aller Deutschen sehen in der Wiedervereinigung Deutschlands eine große Leistung.

Neue Probleme und alte Politik-Verständnisse klaffen immer mehr auseinander; im Vakuum der fehlenden inneren Einheit Deutschlands breiten sich die Gespenster von gestern - Radikalismus und Rassismus - wieder aus. Politik ist mit der Bewältigung der fast täglich neu hereinbrechenden Hiobsbotschaften vollauf beschäftigt. Sie schafft das *Innerdeutsche Ministerium* zum absolut falschen Zeitpunkt ab. Jetzt würde es, umgewandelt, gebraucht werden, um den Weg zur inneren Einheit Deutschlands aktiv bewirken zu können.

So ist Politik eben, und deshalb kommen die geistig-kulturellen Folgen der staatlichen Einheit Deutschlands auch nicht ins Visier. Die alles beherrschende Frage nach den Kosten der Einheit und deren Finanzierung greift zu kurz: Von ihr gehen keine Impulse aus, die vor allem die Westdeutschen motivieren könnten, sich aktiv für das Gelingen der inneren Einheit Deutschlands einzusetzen. Ob die Wiedervereinigung Deutschlands am Ende glücklich für alle Deutschen in die Geschichtsbücher eingehen wird, ist eine Frage, die alle angeht. Sie kann nicht allein der Politik überlassen bleiben, diese darf aber auch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Die Suche nach orientierenden Wegen zur Entfaltung einer neuen gemeinsamen und dann identitätsstiftenden Kultur geht alle Deutschen an. Die öffentliche Diskussion darüber, wie trotz unterschiedlicher Mentalitäten und Lebenserfahrungen zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen neue Formen eines *gleichberechtigten Umgangs* miteinander aufgebaut werden können, muß endlich beginnen.

Deshalb ist die Gründung eines *Gesamtdeutschen Forums* problem- und zeitgemäß. Das *Gesamtdeutsche Forum* sollte zum öffentlichen Platz für alle Bürger werden, jenseits von Parteien und Konfessionen, die sich - getrieben von Sorge - an der Suche nach freiheitlichen Wegen zur inneren Einheit Deutschlands beteiligen wollen, um Fremdbilder abzubauen, offen und verständigungsorientiert.

Träger dieser Gründungs-Initiative ist das *"Institut für inter-kulturelle Verständigung"* bei *"Alanus-Europäisches Forum der Künste"*, in Alfter bei Bonn. ALANUS ist nicht nur seit 20 Jahren im Westen, sondern auch schon seit längerem an mehreren Stellen in Ostdeutschland aktiv. Kunst als soziale Kraft zu verstehen, gilt dabei als Ausbildungsprinzip von Künstlern für soziale Berufe. Das kulturtherapeutische Wirken der Kunst kann Neues hervorbringen, ist ein noch ungenutztes gesellschaftliches Potential.

Das *"Verständigungs-Institut"* hat sich vor allem der Aufgabe verschrieben, der Aufforderung des Bundespräsidenten zu folgen, wonach es jetzt darum geht, "die geistigen Herausforderungen der neuen Zeit in Deutschland zu erkennen und anzugehen". Aus den verschiedenen Arbeiten des Instituts zu Fragen inter-kultureller Verständigung geht auch diese gemeinnützige, parteipolitisch unabhängige Initiative zur Gründung eines *Gesamtdeutschen Forums* hervor.

Dieser Gründungsaufwurf ist in ganz Deutschland der Öffentlichkeit übergeben worden: Die Gründung des *Gesamtdeutschen Forums* ist für Frühjahr 1993 in Dresden vorgesehen.

Die Initiative zur Gründung eines Gesamtdeutschen Forums wird von Menschen aus Deutschland - wie die ersten Reaktionen zeigen - gleichermaßen unterstützt.

Wer an der Gründung eines Gesamtdeutschen Forums interessiert ist oder weitere Informationen wünscht, wende sich an: Kulturwissenschaftliches Institut für inter-kulturelle Verständigung, Alanus-Europäisches Forum der Künste, Johannis Hof, 5305 Alfter. Tel. 02222 / 3713, Fax: 02222 / 60894. Verantwortlich für den Aufruf ist der Leiter des Instituts, Dr. Otto Ulrich.

Solidarität mit dem Kulturkostladen Leipzig
Entgegen Versprechungen der Stadt Leipzig, dem Kulturkostladen das Haus Breite Str. 8 regulär zur Verfügung stellen zu wollen, soll jetzt ein westdeutscher Investor (ein adeliger Immobilienmakler) das Haus erhalten.

Wer dem Kulturkostladen helfen will, schreibe an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Hinrich Lehmann-Grube, Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6, PF 780, O-7010 Leipzig. Textvorschlag: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich setze mich nachdrücklich ein für den Erhalt und die Weiterarbeit der im Haus Breite Str. 8 befindlichen Initiativen und des Kulturkostladens in seiner jetzigen Struktur!" Kopien, wenn möglich, an: Leipziger Volkszeitung", Stadtreaktion, Riemannstr. 54, O-7010 Leipzig, und an: Kulturkostladen, Breite Str. 8, O-7050 Leipzig.

Appell zur Rettung der Welt

Nur wenige Jahrzehnte bleiben der Menschheit nach Auffassung von 1575 Wissenschaftlern, unter ihnen 99 Nobelpreisträger, zu einer ökologischen Wende. Die Wissenschaftler veröffentlichten einen vierseitigen Appell, der in Washington der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dabei hieß es, wenn keine Umkehr im Umgang mit der Natur erfolge, so drohten Verteilungskriege und Massenwanderungen, Elend und Verheerung, Zerstörung

Arbeitskreis für soziale Fragen zum Thema: Die Strukturen der menschlichen Gesellschaft

Wir bemühen uns, anhand von Beobachtungen, die reinen Gesetzmäßigkeiten der verschiedenen sozialen Bereiche zu erarbeiten. Neben der inhaltlichen Orientierung ist uns vor allem die Gesprächsform ein Anliegen. Im wesentlichen arbeiten wir ohne konkrete Textgrundlage und versuchen vielmehr, ausgehend von Beobachtungen deren ideellen Kern herauszuarbeiten. Dabei achten wir als Gruppe darauf, daß jeder dem anderen folgen, ihn ergänzen und korrigieren kann.

Die Arbeit findet jährlich an fünf Wochenenden im Rudolf-Steiner-Haus in Stuttgart statt.

Wenn Sie Interesse an weiteren Informationen haben, können Sie sich an folgende Ansprechpartner wenden: Harald Hauser, Danziger Str. 7, 7000 Stuttgart 70, Tel. 0711/766804 (ab 20.00 Uhr) - Josef Busch, Oberwühl 64, 7883 Görwihl 9, Tel. 07754/382 (ab 20.15 Uhr).

"Soziale Frage" im Leipziger Kulturkostladen

der Ozonschicht, weitere Luftverschmutzung, Verschwendung von Trinkwasser, Giftmüllbelastung der Weltmeere, Rodung der Urwälder. *Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 10.11.92.*

"Der Staat macht zuviel ..."

In seinem Festvortrag aus Anlaß der Einweihung des neuen Gebäudes des Deutschen Bundestages am 30. Oktober 1992 in Bonn führte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Roman Herzog, folgendes aus: "Man hat sich ja angewöhnt, eine Krise unserer politischen Parteien zu diagnostizieren und sodann mit bedenklich gerunzelter Stirn davor zu warnen, daß sich diese Parteienkrise zu einer Staatskrise auswachsen könnte. Daran ist [...] in der Tat manches Wahre. Ich befürchte aber, daß auch umgekehrt ein Schuh daraus werden könnte: daß wir in gewissem Sinne schon eine Krise des Staates haben und die Parteien sie - teils verschuldet, teils unverschuldet - nur als erste ausbaden."

"Würde sich der Staat [...] weniger einmischen, würde er beispielsweise alljährlich nur festsetzen, wieviel Geld für das Gesundheitswesen aus Beiträgen und Zuschüssen vorhanden ist, und die Verteilung den Repräsentanten der Beteiligten überlassen, so würden diese vorrangig nicht mehr ihn und die Politiker beschimpfen, sondern sich gegenseitig; dann aber würden sie sich wohl zusammensetzen und letztlich auch zusammenraufen."

"Mit einem Wort: Der heutige Staat macht zuviel - und vor allem - er übernimmt immer mehr Aufgaben, die überhaupt nicht mehr vollständig, sondern nur noch teilweise bewältigt werden können, und die Probleme, bei denen es von vornherein keinen Erfolg mehr geben kann, werden dann von allen Seiten ihm und seinen Repräsentanten angelastet. Auch das ist eine Krise, aber sie zeigt sich auf vielen Feldern und sie wird von Jahr zu Jahr erkennbarer."

Kommentar: Es muß sich noch zeigen, ob solche Überlegungen ein erster Schritt der Einsicht sind, oder nur der Versuch, den Staat aus der Schußlinie der Kritik zu nehmen und zugleich die öffentlichen Kassen zu entlasten.

Neben seinem in diesem Jahr zum zweiten Male zu vergebenden "Leipziger Literaturpreis" möchte der Kulturkostladen in Leipzig ab Herbst 1992 im 4- bis 6-wöchigen Rhythmus eine Vortragsreihe über "Die soziale Frage" organisieren. Mitwirkende sind u.a. M. Kannenberg-Rentschler und A. Wagner. Es werden noch weitere Vortragende gesucht, wobei auch an Veröffentlichungen in einer evtl. zu schaffenden Reihe "Edition Kulturkostladen" gedacht ist.

Anfragen bitte an Stefan Schulze, Breite Str. 8, O-7050 Leipzig (Tel. 0341-693182).

Management-Seminare von Sagres Services

Folgende Seminare werden angeboten:

Zukunftswerkstatt für Führungskräfte. Teil I: 25. - 27. März 1993 - Als Führungskraft Orientierung gewinnen. Teil II: 27. - 29. September 1993. Von der Vision zum Handeln.

Ankündigungen, Termine

Den Wandel gestalten. Die Kreativität des Mitarbeiters und die Lernende Organisation als wichtige Faktoren zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Pojektmanagement. Prozeßbegleitung verbindet Lernen und Handeln.

Nähere Informationen über: Sagres Services, Klaus Fischer, Am Taubenfeld 12, D-W-6900 Heidelberg.

Vom Bau an den Oasen der Menschlichkeit

Unter diesem Motto findet vom 28. Februar - 13. März 1993 in Wetzikon für Studenten die Winteruniversität Schweiz der Johannes Kreyenbühl-Akademie statt. Das Programm enthält u.a. auch ein Vormittagsseminar mit Dr. Michael Rist und Roland Neff zum Thema "Von der Dreigliederung des sozialen Organismus zur Sozialökonomie".

Auskünfte, Programme und Anmeldung: Winteruniversität Schweiz, c/o Dr. M. Rist, Im Boge 10, CH-8332 Russikon, Tel./Fax: 0041 - (0)1 / 954 0513.

Hochschularbeitswoche des Freien Hochschulkollegs Stuttgart, 21. - 27. Februar '93

Die für Studenten ausgelegte Hochschularbeitswoche bietet u.a. einen wirtschaftswissenschaftlichen Fachkurs mit U. Herrmannstorfer.

Programme und Anmeldeunterlagen über: Freies Hochschulkolleg e.V., Libanonstr. 3, D-W-7000 Stuttgart, Tel.: 0711 / 481715.

Individualität und soziale Verantwortung - Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus: Seminare Januar bis März 1993

Veranstalter dieser Fortbildungsreihe für Berufstätige sind das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart und das Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach. Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe.

Die Veranstalter bitten herzlich darum, sich für die im folgenden beschriebenen, im Zeitraum Januar bis März stattfindenden, Seminare der Reihe rasch anzumelden, auch wenn Sie in bezug auf später liegende Seminare noch unentschieden sind. Falls Sie die Anmeldeunterlagen (sie lagen dem letzten Rundbrief bei) nicht zur Hand haben, können Sie diese anfordern bei: Büro Strawe, Haußmann str. 44a, D-W-7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-2368950. Fax: 0711-6071907.

I. Einführungsreihe:

Do, 28. - So, 31. **Januar** 1993

Dreigliederung als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinsseele - Verlängertes Wochenendseminar, Haus der Anthroposophischen Gesellschaft Jena, Ibrahimstr. 18, D-O-6900 Jena

Programm:

Donnerstag abends: Eröffnung - Referat: "Jena und der mitteleuropäische Impuls" (Dr. Hartmut Haupt, Jena). Vortrag: "Die Aufgabe Mitteleuropas und die Dreigliederung des sozialen Organismus" (C. Strawe).

Freitag: Besichtigung von Weimar und Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald (mit Walter Bosse). *Abends:* Vortrag: "Dreigliederung als Entwicklungsprinzip der Bewußtseinsseele" (U. Herrmannstorfer).

Samstag: Vormittags: Sprachgestaltung. Vortrag: Die Dreigliederung des menschlichen Organismus als physiologische Grundlage des Seelenlebens (C. Strawe). Gesprächsgruppen: Textarbeit an R. Steiners "Von Seelenrätseln". *Nachmittags:* Jena-Besichtigung, Sprachgestaltung, Textarbeit, Plenumsgespräch. *Am Abend:* Vortrag "Menschlicher und sozialer Organismus" (U. Herrmannstorfer).

Sonntag: Sprachgestaltung, Plenum. Vortrag: "Die Dreierheit als umfassendes Entwicklungsprinzip" (U. Herrmannstorfer).

Teilnahmegebühr ohne Unterbringung und Verpflegung DM 250,- DM. (Teilnehmer aus den neuen Bundesländern DM 150,-).

II. Ergänzungsseminarreihe:

Sa, 20. - So, 21. **Februar** 1993

Buchführung als Instrument der Bewußtseinsseele - Grundlagen und Praxis. Ein Einführungsseminar mit Christian Czesla. Freie Waldorfschule, Teurerweg 2, D-W-7170 Schwäbisch Hall.

Samstag: Vormittags: Eröffnung, Einführung in den Seminarverlauf und Referat "Grundbegriffe der doppelten Buchführung" (Christian Czesla). Erarbeitung von Wesen und Funktionen der doppelten Buchführung. Einführung in die Buchungstechnik anhand eines Übungsfalls (in Gruppen). *Nachmittags* Fortsetzung der Gruppenarbeit. *Abends:* Vortrag mit Aussprache "Buchführung als Instrument der Bewußtseinsseele" (Christian Czesla).

Sonntag vormittag: Fortsetzung und Abschluß der Gruppenarbeit. Plenum (die Ergebnisse der Gruppenarbeit werden zusammengetragen) - Abschluß.

Teilnahmegebühr ohne Unterbringung und Verpflegung DM 220,- DM.

III. Vertiefungsseminarreihe:

Do, 11. - So, 14. März 1993

Die Notwendigkeit zur Neuordnung des Bodenrechts. Verlängertes Wochenendseminar, Volkshaus Weimar, Friedrich-Ebert-Str. 8, D-O-5300 Weimar.

Donnerstag Abend: Eröffnung, Vortrag: Die Unverkäuflichkeit von Grund und Boden (U. Herrmannstorfer).

Freitag: Vormittags: Forum "Bodenfrage und Landwirtschaft" (Referat, Praxisbeispiele, Plenumsgespräch). *Nachmittags:* Forum "Bodenrecht und Wohnen". *Abends:* Vortrag "Die Bedeutung des Bodenrechts für die Stadt- und Regionalentwicklung" (Prof. Dr. Harald Spehl).

Samstag vormittag: Forum "Bodenfrage und Gewerbe" *Nachmittags:* Forum "Ordnungsfragen bei der Neugestaltung

des Bodenrechts" (Bestimmung der Nutzungseigentümer, Festlegung der Höhe des Nutzungsausgleichs und seine Verwendung - Entschädigungsfragen. Auftaktvortrag zum Erbbaurecht). Abends Vortrag zum Stand der politischen Diskussion zur Bodenfrage in Deutschland (voraussichtlich Peter Conradi/MdB).

Sonntag vormittag: Wege zu neuen Bodenrechtsformen: Politische oder individuelle Lösungen der Bodenfrage? Plenumsgespräch. Vortrag: Die Bodenfrage - eine Zerreißprobe der Gesellschaft.

Bei den Foren wirken zahlreiche Vertreter von Initiativen mit.

Teilnahmegebühr ohne Unterbringung und Verpflegung DM 250,- DM. (Teilnehmer aus den neuen Bundesländern DM 150,-).

Umfang die Einkommen derer, die im Büro die Arbeit leisten (d.h. Christoph Strawe und Marita Holst) mitfinanziert werden. Für das Jahr 1992 ist dies im wesentlichen erreicht. Dafür möchten wir allen, die dazu beigetragen haben, herzlich danken. Für das Jahr 1993 hängt die Möglichkeit der Weiterarbeit wieder von der Unterstützung der Freunde ab, denen die Dreigliederung des sozialen Organismus ein Herzensanliegen ist.

Etat 1993

Für 1993 wurde bei einem Trägerkreistreffen am 1. 11. in Frankfurt folgender Etat einmütig gebilligt - wobei in den Etat-Ansätzen die Entwicklung und die Erfahrungen von 1992 berücksichtigt wurden:

Finanzierung der Initiative "Netzwerk Dreigliederung": Etat 93 - Aufruf zum Kostenausgleich

Impulse der praktischen Zusammenarbeit für die zeitnotwendige Dreigliederung des sozialen Organismus, Förderung von Erfahrungsaustausch, gegenseitiger Wahrnehmung und notwendigem Gespräch auf diesem Feld, - das sind Ziele, für die die Initiative "Netzwerk" ins Leben gerufen wurde. Durch diese Initiative soll die für die Entwicklung eines immer breiter und dichter geknüpften "Netzwerks Dreigliederung" notwendige Vermittlungsarbeit geleistet und an den hierfür erforderlichen Organisations- und Informationsstrukturen gearbeitet werden. Manches ist dafür im letzten Jahr geleistet worden, viel ist im nächsten Jahr zu tun.

Das "Netzwerk" ist ganz bewußt nicht als vereinsmäßiger Zusammenschluß gebildet worden. Aktivitäten werden immer von den sie unmittelbar tragenden Menschen und Gruppierungen verantwortet. Zum "Netzwerk" gehört man nicht als "Vereinsmitglied", sondern durch den finanziellen oder sonstigen materiellen Beitrag zur Ermöglichung der Arbeit ("Trägerkreis"), durch die Beteiligung am "Informationsnetz" (Rundbrief-Abo, eigene Informationsbeiträge), durch Teilnahme an Treffen und Kolloquia der Initiative und schließlich durch eigene Initiativen, die im Bewußtsein des gemeinsamen Zusammenhanges "Netzwerk" ergriffen werden. **Die Finanzierung** der Dreigliederungs-Aktivitäten der im Netzwerk tätigen Menschen, Gruppen (Firmen, Einrichtungen usw.) kann nur durch diese selbst geschehen. **Gemeinsam getragen** werden müssen die Kosten für die Informations-, Vermittlungs- und sonstige Arbeit des Büros, die im gemeinsamen Interesse für notwendig erachtet wird. Finanziert werden müssen zum einen die Sachkosten, zum andern müssen auch in angemessenem

	Einnahmen	Ausgaben
Kostenbeiträge, spezifiziert		
für Rundbrief	10.000,00	9.000,00
Besondere Werbemaßnahmen für Rundbrief		2.000,00
Allgemeine Sach- und Verwaltungskosten incl. Büro		8.000,00
Reisekosten		3.000,00
Gehaltsanteile und Honorare		28.000,00
<u>Erwarteter Bestand Ende 1992</u>	<u>500,00</u>	
Zusammen	10.500,00	50.000,00
<u>Erwartete Unterdeckung</u>		<u>39.500,00</u>

Dieser Betrag muß durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden.

Wir möchten hiermit an alle Freunde herzlich appellieren: Helfen Sie durch Ihren Beitrag bei der Kostendeckung mit! Die Weiterführung der Arbeit im Jahr 1993 kann nur dann sichergestellt werden, wenn sich genügend Menschen finden, die sich an den Kosten beteiligen.

Die Überweisung Ihres Kostenausgleichsbeitrags sollte das Kennwort "Kostenausgleich Initiative 'Netzwerk Dreigliederung'" enthalten (den meisten Rundbriefen liegen vordruckte Überweisungsträger bei). **Wichtig:** Den Beitrag (Richtsatz 20,- DM) für den Dreigliederungs-Rundbrief können Sie in ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese 20,- DM dann für den Rundbrief an, so daß Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Sie helfen uns bei der Finanzplanung, wenn Sie auf dem Antwortabschnitt auf

der letzten Seite vermerken, wieviel Sie beitragen können. Dies gilt besonders dann, wenn Sie nicht gleich zu Jahresbeginn überweisen wollen. Denn wir können dann Ihr "Kostenausgleichsversprechen" notfalls zur Zwischenkreditierung bei der GLS-Bank verwenden.

Zur Technik des Kostenausgleichs

Ihren Kostenbeitrag setzen Sie nach eigenem Ermessen an. Zielgröße für die Einschätzung bildet das dargestellte Budget für 1993. Bei einer aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte hypothetisch angenommenen Zahl von 170 Teilnehmern am Kostenausgleich ergibt sich ein Richtwert von 232,35 DM pro Person. Aufgehen kann die Rechnung in jedem Fall nur dann, wenn der geringere Beitrag von finanziell schlechter gestellten Menschen durch einen höheren Beitrag der Bessergestellten ausgeglichen wird.

Um den organisatorischen Aufwand gering zu halten, wäre es das Beste, wenn Sie Ihren Jahresbeitrag nicht stückeln, sondern gleich zu Jahresanfang 1992 überweisen. Falls erforderlich, können Sie aber auch in Raten zahlen. **Nach Ablauf des Jahres 1993 werden wir dann über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen.** (Kostenausgleicher des Jahres 1992 erhalten im ersten Quartal die Abrechnung für das vergangene Jahr.)

Ergibt sich dabei ein Restdefizit, so ist es jedem einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will; eine "Nachschußpflicht" besteht selbstverständlich nicht. Ergibt sich etwa durch höhere Beiträge ein Überschuß, so entscheidet wiederum letztlich der einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehenlassen, falls er ihn nicht zurückhaben will.)

Zur steuerlichen Seite des Kostenausgleichs: Alle am Kostenausgleich beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts als reine Innengesellschaft. Das bedeutet, daß diese Gesellschaft nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt.

Die Kostenbeiträge sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für die die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden. Wo immer möglich, sollte der Kostenbeitrag als Aufwandgröße fester Bestandteil der Etat-Kalkulation der "Netzwerker" sein - und nicht eine "Restgröße Spende" aus dem sogenannten "frei verfügbaren Einkommen".

Bei gemeinnützigen Einrichtungen ist die Beteiligung am Netzwerk geradezu Voraussetzung für die Erfüllung von Satzungszwecken aus der Anthroposophie heraus.

Auslandsüberweisungen: Um hohe Überweisungsgebühren zu vermeiden, empfehlen wir die Übersendung eines Geldscheins. Falls Sie über ein Postscheckkonto verfügen, können Sie auch auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe Sonderkonto Netzwerk) beim Postgiroamt Stuttgart (BLZ: 600 100 70) überweisen. Bitte benutzen Sie dieses Konto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen; ansonsten erbitten wir die Überweisungen auf das Treuhandkonto Czesla (Konto Nr. 11 61 625 bei der Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01).

Zur Finanzierung des Dreigliederungs-Rundbriefs

Eine große Bitte: Denken Sie daran, Ihren Beitrag für den Bezug des Rundbriefs für 1993 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies umgehend nachzuholen.

Wir haben bisher bewußt darauf verzichtet, individuelle Mahnungen für den Rundbrief zu versenden - auch wegen des damit verbundenen Aufwands. Dadurch sind wir natürlich ganz darauf angewiesen, daß jeder Bezieher von sich aus seinen Beitrag dazu leistet, daß der Rundbrief auch weiterhin erscheinen kann.

Der Richtsatz beträgt 20,- DM. Da dieser Betrag gerade die Sachkosten abdeckt und immer einige Bezieher (Studenten, Arbeitslose usw.) nur einen geringeren Betrag aufbringen können, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher ansetzen können. Dies auch deshalb, weil für '93 mit höheren Portokosten zu rechnen ist.

Für Ihre Überweisung benutzen Sie bitte das **Kennwort "Dreigliederungs-Rundbrief"**. (Den meisten Rundbriefen liegt ein vorgedruckter Überweisungsträger mit diesem Kennwort bei). Das Kennwort benutzen Sie bitte auch, wenn Sie uns einen Geldschein schicken. "Kostenausgleicher" können - wie gesagt - Ihren Rundbrief-Beitrag in ihren Gesamtbeitrag einkalkulieren (und bekommen 20,- DM von Ihrer Gesamtüberweisung auf den Rundbrief angerechnet).

Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an Initiative "Netzwerk Dreigliederung", Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-W-7000 Stuttgart 1

0 Ich beteilige mich am Kostenausgleich 1993 der Initiative "Netzwerk" mit DM
(Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

0 Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den "Dreigliederungs-Rundbrief" zu (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM /Jahr; Kontonummer s. o.).

0 Bitte schicken Sie mir Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben (Werbung).

0 Bitte schicken Sie eine Probenummer des Dreigliederungs-Rundbriefs an die folgende Adresse:.....

Name des Absenders.....
(Name und Adresse bitte in Druckschrift)

Adresse/Telefon.....

Datum, Unterschrift.....